

# O ORIENTIERUNG

Nr. 23/24 54. Jahrgang Doppelnummer Zürich, 15./31. Dezember 1990

**U**ND ICH SAH UNTER DEM OPFERALTAR DIE LEBEN DER HINGESCHLACHTETEN UM DES WORTES GOTTES WILLEN UND UM DES ZEUGNISSES WILLEN, DAS SIE GEHALTEN. UND AUF-SCHRIEN SIE MIT GEWALTIGER STIMME UND SAGTEN: BIS WANN NOCH? GEBIETER, HEILIGER UND WAHRHAFTIGER DU! RICHEST DU UND SCHAFFST DU NICHT RECHT UNSEREM BLUT GEGENÜBER DENEN, DIE AUF DER ERDE WOHNEN? (Offb 6,9-10)

Ein adventliches Buch wird man die Offenbarung des Johannes nennen dürfen, endet sie doch mit dem Ruf «Komm, Herr!». Vor allem aber wird sie heute von den Exegeten als prophetische Stimme inmitten des Widerstands gewertet. Daß dies nicht nur für den historischen Kontext – die Verfolgung der Christengemeinden unter Domitian (81–96 n. Chr.) und ihren Widerstand gegen den Kaiserkult – gilt, sondern daß dieser Text auch zur unmittelbaren aktuellen Deutung einer heutigen Verfolgungssituation und des Widerstands gegen totalitären Terror werden kann, das habe ich bei meinem jüngsten Besuch in El Salvador erlebt. Ja, es ist der oben zitierte Text (Übersetzung Fridolin Stier), der mir zur Brücke wird über den tiefen Graben, wie ich ihn empfinde, zwischen meiner Mentalität und der Spiritualität, die mir drüben begegnete, zwischen meiner Skepsis und den dort angestimmten Hoffnungsliedern. Denn inmitten einer imposanten Zelebration zum Jahresgedächtnis der in der Nacht vom 15./16. November 1989 erfolgten grausamen Ermordung von zwei Frauen und sechs Jesuiten auf dem Campus der Zentralamerikanischen Universität (UCA) von San Salvador, die mir hinterher auf mein verwundertes Fragen als «Auferstehungsfeier» erklärt wurde, fiel mein Blick auf das Antependium des im Freien aufgestellten Altars. In großen Lettern stand da (vgl. Offb 6,10):

## BIS WANN NOCH?

Unter dieser Überschrift, die für mich schlaglichtartig die objektive, andauernde, unerträgliche Situation anleuchtete, wie sie für die breite Bevölkerungsmehrheit in diesem Lande herrscht, möchte ich hier nach meiner allzu kurzen Visite nicht etwa den Versuch zu einem «Lagebericht» unternehmen, sondern lediglich einige subjektive Eindrücke vermitteln von den Gedenkfeiern, die vom 12. bis 16. November an der UCA und am anschließenden Wochenende in Landpfarreien abgehalten wurden. Es läßt sich dabei von drei Ebenen sprechen: die Universität, der internationale Kreis der Gäste, zumal der Familienangehörigen der Opfer, und das «Volk», teils ebenfalls «zu Gast» bei den Feiern, teils diese aktiv mitgestaltend.

Hinsichtlich der *Universität* höre ich in Europa häufig die Frage, wie es denn nun weitergehe, nach dem Verlust so prominenter Professoren, des Rektors, des Vizerektors usw. Eine erste Antwort hat schon vor einem Jahr bei der Beerdigungsfeier in Anwesenheit des Staatspräsidenten der Provinzial der Jesuiten Zentralamerikas, *José María Trojeira*, gegeben, als er unter langanhaltendem Beifall beteuerte, daß es den Mördern nicht gelungen sei, die UCA zu erledigen und die SJ in El Salvador auszuroten. In den folgenden Monaten haben sich denn auch eine Anzahl von Jesuiten aus Kanada, den USA, Spanien und Mexiko bereit erklärt, für die Ermordeten in die Bresche zu springen. So steht heute ein ehemaliger Studienkollege von Ignacio Ellacuría, *P. Miguel Estrada*, an seiner Stelle der UCA als Rektor vor, und für Segundo Montes leitet *P. Michael Czerny* (bisher in Toronto) das Institut für Menschenrechte, wie er auch dessen Lehrstuhl für Soziologie in der Wirtschaftsabteilung versieht. Dem schwer getroffenen Centro de Reflexión teológica (CRT) und dem Pastoralzentrum Oscar Arnulfo Romero sind aus dem Ausland *Fernando Azuela*, *Rafael Sivatie* und *Dean Brackley* zu Hilfe geeilt. So konnte erstaunlicherweise auch die Kontinuität der verschiedenen Zeitschriften gewahrt werden. Für die von Ellacuría gegründete Revi-

### EL SALVADOR

**Ein Jahr nach dem Massaker an der UCA:** Persönliche Eindrücke von einer Reise – Die Nachfolger der ermordeten Jesuiten – Feiern zum Jahresgedächtnis – Von der Gefährlichkeit der Barmherzigkeit – Präsenz des Volkes – Städte tragen die Namen der ermordeten Priester – Hoffnung muß zusammenleben mit der Angst. *Ludwig Kaufmann*

### GEMEINDE

**Besuch der kleinen Leute:** Erfahrungen einer Partnerschaft seit 1979 – Drei Basisgemeinden in Belo Horizonte (Brasilien) und eine Pfarrei in Marl – Ein Einladungsbrief nach Brasilien – Intensive und kompetente Vorbereitung der Reisegruppe – Von der Kreativität der armen Mehrheiten – Erfahrungen aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung – Folgen des alltäglichen Machismo – Glauben und Kampf ums Leben sind nicht zu trennen – Offene Aussprachen über Konflikte in der Gemeinde – Geschwisterlichkeit über Kontinente hinweg. *Ferdinand Kerstiens, Marl*

### DEUTSCHLAND

**Die Kirchen in der ehemaligen DDR:** Nur ein Viertel der Bevölkerung bekennt sich heute als Mitglied einer Kirche – Staatssozialismus und DDR-Gesellschaft – Die Kirchen werden zum einzigen staatsfreien Raum – Ideologie der Staatssicherheit – Der Weg der protestantischen Kirchen – Raum für politische Oppositionsgruppen – Beitrag zum Erhalt des herrschenden Systems? – Rolle der Kirchen bei der friedlichen Herbstrevolution von 1989 – Der Weg der katholischen Kirche – Hierarchisches und defensives Kirchenbild – Selbstgenügsame Autonomie um jeden Preis? – Produktive Aneignung der Erfahrungen von 1989. *Günter Frank, Erfurt*

### OSTMITTELEUROPA

**Machtvakuum und Suche nach einer neuen politischen Gestalt:** Ausbruch alter Konflikte im Donauraum und im Balkan – Die Kulturgrenze zwischen Ost- und Westrom – Nostalgien und rückwärtsgewandte Utopien – Die Arbeitsgemeinschaft «Alpen-Adria» als Reaktion auf neue Herausforderungen – Streben nach nationaler Identität und nationalistiche Gefühlslage – Ist der liberale Kapitalismus ein Ausweg? – Westeuropa darf keine «Wohlstandsmauer» errichten. *Fritz Csoklich, Graz*

### BUCHBESPRECHUNG

**Philosophie in Afrika:** Eine bio-bibliographische Übersicht – Gegen ein eindimensionales Verständnis von Entwicklung. *Heinz Robert Schlette, Bonn*

sta Latinoamericana de Teología zum Beispiel versieht jetzt, zusammen mit den überlebenden Padres *Jon Sobrino* und *Rodolfo Cardenal*, R. Sivatte die Hauptredaktion. Die Zerstörungen am Centro, vor allem an der Bibliothek, sind allerdings erst teilweise behoben und die Kosten für die Wiederherstellung noch längst nicht beglichen.

Der Lehrkörper der UCA besteht aber keineswegs nur aus Jesuiten, und im Gespräch mit Laienprofessoren ebenso wie mit Studentinnen und Studenten konnte ich feststellen, daß nicht nur das akademische Niveau nach wie vor geschätzt wird, sondern auch die im Vergleich zur «politisierten» Nationalen Universität ruhigere Atmosphäre, die, wie man mir sagte, unter weniger Lehrunterbrüchen, Polizeirazzien usw. leide. Ob der Gewöhnung an diese relative Ruhe mag allerdings das Massaker vom letzten Jahr erst recht einen Schock ausgelöst haben.

Zum Jahresgedächtnis der «Martyrer der UCA» lud die Uni zu einem fünftägigen Programm ein. Neben Videos und einer kleinen Ausstellung wurden in mehreren akademischen Veranstaltungen u. a. drei von den Ermordeten posthum erschienene Bücher vorgestellt. Bei diesen Veranstaltungen kamen auch *Familienangehörige* und – mehrheitlich aus Spanien angereiste – Freunde der Opfer zu Wort. Von Ellacuría zum Beispiel waren nicht nur zwei Brüder – der eine von beiden wirkt als Jesuit in Taiwan – anwesend, sondern auch die Witwe seines berühmten Lehrers, des baskischen Philosophen Javier Zubiri. Von ihr, *Carmen Castro de Zubiri*, konnte ich in einem längeren Gespräch erfahren, wie eng die persönlichen Bande zwischen Ellacuría und dem Ehepaar Zubiri waren und wie auch der – ebenfalls baskische – Jesuitengeneral Pedro Arrupe dazu beitrug, daß die beiden Philosophen/Theologen sich regelmäßig zu wissenschaftlichen Dialog- und Seminarveranstaltungen treffen konnten. Die 78jährige Dame hielt dann noch einen höchst erfrischenden öffentlichen Vortrag, von dem mir vor allem die Reminiszenz an einen spanischen Theologen des 16. Jahrhunderts, Bartolomé Carranza, in Erinnerung geblieben ist. Frau Castro schloß an ein Gedenkwort für die Martyrer von Jon Sobrino über die «gefährliche Barmherzigkeit» an und erzählte, wie Carranza für die Opfer der spanischen Inquisition eintrat und dafür selber von ihr ins Gefängnis geworfen wurde. Er hatte unmittelbar vor einem Autodafé von der Kanzel aus *misericordia* gefordert.

Daß es bei der Gästeschar vor allem auch um die Bezeugung internationaler Solidarität ging, kam beim Schlußgottesdienst zum Ausdruck. An der unter freiem Himmel gefeierten Messe konzelebrierten neben zwölf Bischöfen aus verschiedenen Ländern nicht weniger als 150 Priester. Erst hinterher erfuhr ich, daß in ihnen eine ganze Reihe anderer Ordensgemeinschaften vertreten waren, zu denen auch noch die vielen Schwesternkongregationen hinzuzuzählen sind, die mit zahlreichen Delegationen ihre Solidarität bekundeten. Am Schluß der Messe überreichte namens der amerikanischen Bischofskonferenz Erzbischof *Rembert G. Weakland* dem Rektor der UCA einen Preis.<sup>1</sup> Diese Geste war um so bedeutungsvoller, als dahinter die aktive Opposition der Kirchen in den USA gegen die El-Salvador-Politik des Weißen Hauses steht sowie die nicht verstummende Kritik an der amerikanischen Komplizenschaft bei der Blockierung des Prozesses zur Aufdeckung des Verbrechens vom 16. November 1989.

Das größte Erlebnis war für mich die Präsenz des *Volkes* an den Feierlichkeiten. Zunächst ist da die große Nachtwache auf dem Gelände und in der Kapelle der UCA vom 15. auf den 16. November zu erwähnen. Während sie die Studenten der UCA mit einer Kerzenprozession eröffneten, hatte sich vom Stadt-

zentrum aus ein großer Fackelzug in Richtung UCA in Bewegung gesetzt. Dort auf dem Campus war über einem Podium eine Leuchtschrift zu sehen, die die Aburteilung der Mörder forderte. Die feurigste Brandrede hielt der Pfarrer der Baptistengemeinde, der sich schon zwei Tage zuvor bei einer ökumenischen Abendfeier profiliert hatte. Von der Baptistengemeinde stammt auch ein sehr schönes, farbig emailliertes Kreuz mit den Gesichtern der acht Märtyrerinnen und Märtyrer der UCA, das vor der Prozession hergetragen wurde. Noch mehr beeindruckt aber haben mich die lebendigen Gesichter der beteiligten Menschen, vor allem jener, in die jahrelanges Leid und der unentwegte Kampf ums Überleben ihre tiefen Spuren eingezeichnet hatten. Diese Männer und Frauen, die zum Teil von weit her kamen, leisteten mit Liedern und Gedichten, Erzählungen und Gesprächen den wesentlichsten Beitrag zur Gestaltung der «vigilia».

Eine ganz persönliche Begegnung mit einigen dieser Menschen und ihren Schicksalen wurde mir am frühen Morgen nach der Nachtwache zuteil. Ich hatte tags zuvor genau die Örtlichkeiten des Überfalls und des Massakers erklärt bekommen, wovon inzwischen feststeht, daß die Spezialeinheit Aclatacl der Armee damit betraut war. Jetzt wollte ich mich auf den kleinen Rasen hinter den Patreswohnungen begeben, auf dem genau vor Jahresfrist die schrecklich zugerichteten Leichen gefunden wurden und wo heute, von Don Obdulio, dem Gatten und Vater der beiden ermordeten Frauen gepflanzt, sechs rote und zwei gelbe Rosenstöcke blühen. Ich hoffte dort ganz allein und in vollkommener Stille Zwiesprache halten zu können. Stille herrschte jetzt in der Tat auf dem ganzen Universitätsgelände, und da und dort verstreut schliefen Leute, die sich an Ort und Stelle der Müdigkeit ergeben hatten. Den Zugang zum Patresgarten fand ich verschlossen, und so begab ich mich in die Kapelle, wo unter einem Wandgemälde von Erzbischof Romero die Martyrer des 16. November begraben sind.

An die Grabstätte lehnten mehrere Kränze und acht weiße Kreuze mit den Bildern der Toten, die bei der Prozession mitgetragen worden waren. Davor lagen zwei Bündel frischer Schnittblumen. Eine Frau und ihre Tochter waren dabei, diese Blumen Stiel für Stiel in den vor dem Grab offen gelassenen, mit Steinchen bedeckten Kirchenboden zu stecken. Drei Männer mittleren Alters näherten sich. Mit leiser Stimme, um das wortlose Tun der Frauen nicht zu stören, fragte ich einen nach dem andern, woher er komme und was ihn mit den Ermordeten verbinde.

«Ich komme von Morazán», sagte der erste, «wir waren zehn Jahre lang Flüchtlinge in Honduras. Im Dezember 1980 hatten wir dort zu Hunderten im kleinen Dorf Colomoncagua Zuflucht gesucht. Wir hatten Schrecken und Grauen erlebt. Aber dann hatten wir Mut gefaßt und einen neuen Anfang gemacht. Eines Tages besuchte uns Pater Segundo Montes. Als er sah, wie wir uns in Colomoncagua organisiert hatten, um für die Kinder eine Schule und für das Auskommen aller eine kleine Industrie zu führen, als er sah, daß wir gemeinschaftlich lebten, rief er aus: «Ich hatte keine Hoffnung mehr für El Salvador. Euch zu sehen gibt mir die Hoffnung zurück.» Er kam dann immer wieder und stand uns schließlich bei all den Schwierigkeiten der Rücksiedlung bei, auf daß wir in Gemeinschaft bleiben konnten. Im vergangenen März haben wir unsere neue Stadt *Segundo Montes* getauft.»

«Ich komme von Chalatenango», sagte der zweite. «Auch wir sind Rücksiedler. Immer wieder hatte man uns die Heimkehr versprochen, immer wieder die Papiere zurückgehalten. Schließlich riß uns die Geduld: ein Voraustrupp von 430 Personen, überschritten wir die Grenze. Doch schon kam uns die Armee entgegen. Wir flüchteten in eine Kirche und weigerten uns, nach Honduras zurückzukehren. Eingepfercht, wie wir waren, kam uns schließlich Ignacio Ellacuría als Unterhändler zu Hilfe. Nach ihm heißt heute unsere Neuansiedlung: *Ciudad Ellacuría*.»

<sup>1</sup> Am 1. Dezember verlieh auch die Katholische Männerbewegung Österreichs im Rahmen einer Feier an der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck den Erzbischof-Romero-Preis 1990 an die Kommunität der Jesuiten der UCA von San Salvador. Er wurde von P. Michael Czerny entgegengenommen.

Der dritte kam von Jayaque. Von dieser Gegend wußte ich schon etwas. Deshalb verstand ich auch, wen er meinte, als er dauernd von *Padre Nacho* sprach. Es war die Abkürzung für Ignacio. Gemeint war *Ignacio Martín Baró*. Ich spürte sofort, wie der Mann und die Gemeinde, die er vertrat, mit Leib und Seele an diesem ebenfalls ermordeten Padre hingen: «Unsere 84 sind wir mit dem Bus gekommen», sagte er stolz. Ich konnte ihm ankündigen, daß ich tags darauf selber diese Reise in umgekehrter Richtung machen würde, um an *ihren* Feiern teilzunehmen.

Tatsächlich erlebte ich den Samstag und Sonntag in Jayaque. Die dortige Nachtwache wäre eine eigene Reportage wert: Tauffeier, Erstkommunion, Erwachsenenkatechese: all dies unter sich ablösender Regie von Leiterinnen und Leitern der verschiedenen *Colonias* (Viertel), die die eigentlichen Träger des Gemeinde- und Pfarreilebens sind. Zwei jüngere Jesuiten, ein Deutscher und ein Amerikaner, der erste noch im Studium, versuchen die Arbeit von Padre Nacho am Leben zu erhalten; aber die eigentlichen «Säulen» sind Laien und Schwestern. Beim Besuch in einer Familie erfuhr ich, wie eingeschüchtert die Leute in den ersten Wochen und Monaten nach der Ermordung der Jesuiten waren. Eine Frau erzählte von ihrer Nachbarin, sie habe das Bild von Oscar Romero versteckt, jetzt aber wieder aufgehängt. Allmählich begann ich

zu verstehen, was es mit der «Auferstehung» auf sich hatte. Es war die Auferstehung des Muts, wieder zusammenzukommen, die Auferstehung der Hoffnung, daß nicht alles zu Ende sei, die Auferstehung von Freude, Schönheit und Kreativität, die sich in soundso viel Gedichten, Liedern und Handarbeiten Ausdruck verschafften: zum Gedenken an Nacho, aber auch zur Erinnerung an frühere Opfer der Verfolgung, so daß die Kontinuität im Martyrium deutlich wurde: «... wie Romero, wie Jesus».

Freilich ist das alles fragil. Im soeben erwähnten Gottesdienst wurden vier Armeespitzel mit Revolvern ausgemacht und aufgefördert, den Kirchenraum zu verlassen, bis sie ihre Waffen abgelegt hätten. Über dem UCA-Gelände erdröhte während aller Veranstaltungen der Lärm von tieffliegenden Helikoptern, der Dächer und Wände erzittern ließ. Und auch der Katechist, der in Jayaque den dritten Teil der Nachtwache leitete, sagte mir: «Zur Kirche kommen nur 25 Prozent. Unter den andern gibt es Einflußreiche, die finden: «Den Padres ist recht geschehen»; auch ich bin für diese Leute nur ein Kommunist.» So muß die Hoffnung zusammenleben mit der Angst, weil nach wie vor kein Friede herrscht und kein Recht, so wenig wie die Wahrheit über die Planung des Massakers vom 16. November aufgedeckt ist. Die Frage *Hasta cuándo?* behält ihr volles Gewicht.

Ludwig Kaufmann

## Besuch der kleinen Leute – Partnerschaft konkret

Seit 15 Jahren bin ich Pfarrer in der Gemeinde St. Heinrich in Marl, einer Industriestadt am Nordrand des Ruhrgebietes. 1979 war ich mit einigen Freunden aus dem Freckenhorster Kreis in Brasilien. Auf der Reise begleitete uns Pater *Rogério de Almeida Cunha*, ein Brasilianer aus *Belo Horizonte*, der in Münster studiert hatte. Er war Professor für Fundamentaltheologie an der Päpstlichen Universität seiner Heimatstadt und arbeitete «nebenher», mit seinem Herzen hauptsächlich, in drei kleinen Gemeinden an der Peripherie der Industriestadt, in *Sol Nascente*, *Palmaris* und *Washington Pires*. Wir besuchten diese drei Stadtviertel, die zu einer großen Gemeinde gehörten, deren Pfarrer jedoch keine Zeit für die aus eigener Kraft entstandenen Basisgemeinden hatte. Damals entstand die Idee einer Partnerschaft zwischen St. Heinrich und diesen drei Basisgemeinden. Es bildete sich hier ein Brasilienkreis, der den Kontakt mit den Gemeinden pflegen und intensivieren wollte. Doch das war schwieriger als erwartet. Unsere Partnerinnen und Partner waren nicht gewöhnt, sich schriftlich auszudrücken. Ein Brief an unsere Gemeinde erforderte dann oft mehrere Sitzungen der Verantwortlichen. So lief vieles über Pater Rogério, auch das Geld, das für unsere Partnergemeinden hier einkam. Dies hatte auch noch einen anderen wichtigen Grund: Wir können kein Portugiesisch, unsere Partnergemeinden kein Deutsch, so waren und sind wir auf Übersetzungen angewiesen.

1983 und 1987 waren kleine Gruppen aus St. Heinrich dort. Der Brasilienkreis bemühte sich, die Erfahrungen von dort, die Informationen über die kirchliche und wirtschaftliche/politische Entwicklung in Brasilien hier zu vermitteln. Pater Rogério war ein paar Mal hier, außerdem hatten wir prominente andere Besucher: Dom Helder Câmara, Dom Antônio Frago-so und Dom Adriano Hypólito kamen über den Freckenhorster Kreis in unsere Gemeinde. All das war wichtig, aber dennoch konnte die Partnerschaft innere Grenzen in der Gemeinde nicht überwinden. Der Brasilienkreis fühlte sich in seiner Arbeit etwas isoliert. Er versuchte die Partnerschaft auch über Durststrecken durchzutragen: Verkauf von genossenschaftlich hergestellten Dritte-Welt-Produkten, Straßentheater bei Pfarrfesten, Gottesdienstgestaltung zu Misereor u. ä. Es gab wohlwollendes Interesse, auch selbstverständli-

ches Teilen der Erlöse bei Basaren und Festen, aber auch Ärger über den «Pastor mit seinem Brasilien». Die Partnerschaft war nicht Sache der ganzen Gemeinde, sondern mehr Hobby des Brasilienkreises. Gespräche mit anderen Dritte-Welt-Kreisen zeigten eine ähnliche Situation. In der Regel bleibt das aktive Interesse auf einen kleinen Kreis beschränkt. Partnerschaft für bestimmte Projekte oder für aus der eigenen Gemeinde stammende Missionare und Ordensschwestern gibt es vielfach, aber Partnerschaft im gegenseitigen Austausch und Lernen ist selten.

### Der verrückte Traum

Da entstand vor etwa einem Jahr der verrückte Traum: Wir laden Vertreterinnen und Vertreter aus den Basisgemeinden nach Marl ein. Das ist wichtiger, als wenn wieder eine kleine Gruppe von uns dorthin fährt. Keiner weiß mehr, wer die Idee dazu hatte. Auf einmal war sie da. Zugleich aber meldeten sich viele Fragen: Können wir denen das zumuten? Können wir einzelne Arme für 14 Tage aus ihrer Armut dort herausreißen? Wird es die Gemeinde annehmen, daß wir soviel Geld für die Reise aufbringen müssen? Wie werden unsere Gäste dann uns, die Reichen, weiter als Partnerinnen und Partner annehmen können? Werden sie nicht durch den Kulturschock ganz verwirrt sein? Wo gibt es schon Erfahrungen mit solchen Besuchen? Auf diese letzte Frage fanden wir kaum eine Antwort. Uns ging dabei auf, daß die Reisen von Leuten aus der «Dritten» Welt fast nur Bischöfe, Priester, Missionare, Ordensschwestern und Leiter von größeren Projekten betrafen, daß aber die Armen selber, soviel auch über sie geredet wurde, nicht eingeladen wurden. Um so verrückter und zugleich wichtiger erschien uns unser Traum.

Die Einladung ging also schriftlich an Pater Rogério, der inzwischen nicht mehr in diesen Gemeinden arbeitete, da er als Professor in eine andere Stadt gegangen war. Pater Rogério überbrachte dann aber die Einladung sofort an die Gemeinden und wollte einen Monat später die Antwort abholen, ob denn die Einladung angenommen werden könne und solle. Die anderen Leute, mit denen er in Brasilien darüber sprach, hielten diese Idee für eine verrückte Sache, das könne man den Armen nicht zumuten. Aber: die Armen muteten sich selber

diese Erfahrung zu. Als Pater Rogerio einen Monat später nachfragte, überlegten die Gemeinden schon die Kriterien der Auswahl ihrer Vertreterinnen und Vertreter. Es sollten nur solche Mitglieder der Gemeinden entsandt werden, die

- schon lange in der Gemeinde mitarbeiten,
- die Marler bei ihren Besuchen 1983 und 1987 kennengelernt hatten,
- in der Lage sein sollten, miteinander über die Erfahrungen in Deutschland zu reflektieren und Konflikte dabei auszuhalten,
- hinterher die Erfahrungen auch in den Gemeinden zu Hause vermitteln.

Das Auswahlverfahren, so Pater Rogerio, war schon eine Schulung in Gemeinde- und Demokratieverständnis. Die Armen selber waren weiter, als es die «Weisen und Klugen» ihnen mit ihren vielen Fragen zutrauten. Fünf Leute wurden ausgesucht, die dann mit Pater Rogerio kommen sollten:

*Maria Aparicida* und *Raimundo* aus Sol Nascente, *Dodora* und *Valdevino* aus Palmaris und *Idelbrando* aus Washington Pires. Sie trafen sich dann monatlich, um sich mit Pater Rogerio auf die Reise vorzubereiten. Dabei halfen ein Psychologe, der seit vielen Jahren mit seiner halben Kraft in den Basisgemeinden und den Favelas arbeitete und der auch uns schon hier besucht hatte, sowie eine Pädagogin, die an der Universität eine Arbeit über die Pädagogik der Armen schrieb. Diese intensive und kompetente Vorbereitung hat der brasilianischen Gruppe sehr geholfen.

Auch hier wuchs die Spannung. 15 000 DM mußten für die Flugkosten aufgebracht werden. Wir entschlossen uns zu einem offenen Vorgehen: Die Kosten sollten genannt und in einem Gottesdienst das Anliegen vorgestellt werden. Dabei konnten wir Bilder von unseren kommenden Gästen zeigen, da wir die Botschafterinnen und Botschafter auch schon von unseren früheren Reisen her kannten. So konnten manche Gemeindemitglieder die Gäste hinterher auch sofort mit ihren Namen anreden, was einige Überraschung hervorrief. Es ist wichtig: die Armen haben einen Namen, sie sind nicht nur eine anonyme Prozentzahl hinter dem Komma einer Statistik.

Wir hatten die Gäste zu unserem Sommerfest eingeladen, das wir immer gemeinsam mit unserer evangelischen Nachbargemeinde feiern. Durch eine Sonderaktion in unserer Gemeinde und eine Spende der evangelischen Nachbarn waren die Flugkosten in vier Wochen aufgebracht, zumal wir die Währungsunterschiede durch die Beziehungen des Freckenhorster Kreises einmal zugunsten der Armen ausnützen und den Preis auf 11 000 DM drücken konnten.

Viele praktische Fragen waren zu lösen, die immer auch grundsätzliche Fragen einschlossen: Wo wohnen unsere Gäste? Wir konnten sie ja wegen der Sprachschwierigkeiten nicht auf einzelne Familien aufteilen. Wir fanden eine eingerichtete Wohnung nahe beim Pfarrhaus, die zufällig in dieser Zeit nicht bewohnt war und uns zur Verfügung gestellt wurde, so daß die Gäste teils im Pfarrhaus, teils in dieser Wohnung wohnen und sich auch zu internen Runden zusammenfinden konnten. Das erwies sich später als äußerst wichtig für die gemeinsame Verarbeitung der vielen neuen Erfahrungen. Wo frühstücken und essen? Es bildete sich eine Gruppe von Frauen, die uns teils in ihre Wohnungen einluden, teils das Frühstück im Pfarrheim vorbereiteten. Diese praktische Maßnahme erwies sich hinterher als sehr hilfreich: Dadurch kamen nämlich unsere Gäste in viele Häuser, sahen, wie die Menschen wohnten, und erlebten die Leute hier auch in ihrem alltäglichen Leben, nicht nur bei besonderen Veranstaltungen. Wir erlebten ein nicht erwartetes Interesse am Besuch und ein Mitdenken von vielen in der Gemeinde. Der Besuch wurde zum breiten Gesprächsthema. Sicher kamen auch kritische Stimmen auf: «Wenn die Leute so arm sind, dann soll man doch lieber das zur Verfügung stehende Geld rüberschicken. Da haben sie doch mehr davon!» Doch

die Meinungsbörse der Gemeinde ließ die Aktien der Besuchsreise steigen. Die Gäste konnten kommen.

### Der Besuch

Es ist nicht sinnvoll, die einzelnen Stationen des Besuches nachzuzeichnen. Es geht nicht um ein Tagebuch, sondern um eine nachträgliche Reflexion. Es war erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit sich unsere Gäste immer wieder mit ihren Funktionen vorstellten: Vorsitzender des Pfarrgemeinderates, Minister(in) der Eucharistie, die in Abwesenheit des Priesters den Gemeindegottesdienst halten, Präsidentin des Frauenvereins, Vizepräsidentin des Bürgervereins, der sich um die Lebensbedürfnisse im eigenen Stadtviertel kümmert, Koordinatorin der Kinderkrippe, im Vorstand des «Zentrums für die Befreiung der arbeitenden Frau», Leiter(in) von Bibelgruppen, Leiter der Elterngruppe zur Vorbereitung auf die Sakramente, auch auf die Ehe usw. Die Leute hatten eine Menge Aufgaben zu nennen, die sie in den Gemeinden ehrenamtlich wahrnahmen. Sie bekamen kein Geld dafür, obwohl ihre Familien sonst kaum auf zwei bis drei Mindestlöhne kamen, das heißt etwa 300 bis 400 DM umgerechnet. Allen Statistiken ist dabei klar, daß eine vierköpfige Familie wenigstens sechs Mindestlöhne braucht, um über die Runden zu kommen. Der Mindestlohn erfüllt schon lange nicht mehr seine Funktion. Unsere Gäste gehören also zu den Armen. Sie erzählten zudem, wie sie sich in den Vinzenzvereinen um die noch Ärmeren kümmern. Eine Journalistin konnte das nicht verstehen: Aufgrund der vielen Funktionen hielt sie unsere Gäste zunächst für typische Vertreter der Mittelschicht, die sich eine solche ehrenamtliche Tätigkeit finanziell leisten können und die in der Lage sind, solche Funktionen selbstständig wahrzunehmen. Hier ging uns auf, wozu Menschen in den Basisgemeinden fähig werden, wie sie ihre eigenen, bisher unterdrückten Kräfte und Fähigkeiten neu entdecken und einsetzen. Dieses Selbstbewußtsein, diese Sicherheit, wie sie von ihren Kämpfen und Niederlagen berichteten, von ihren Gottesdiensten und Bibelgesprächen, ließ uns ihre Würde erkennen, die sie wiedergefunden hatten. Kardinal Lorscheider sagte einmal auf dem Katholikentag in München: «Unsere Kirche in Brasilien hat heute keine Angst. Sie setzt sich ein für das Volk. Volk bedeutet hier der arme Mensch. Der Mensch, der ganz am Rande der Gesellschaft steht. Der Mensch, der behandelt wird wie ein Nicht-Mensch. Der Mensch, von dem man denkt, er sei unterentwickelt. Dieser Mensch ist vielmehr ein Unterdrückter. Man hat ihm die Stimme geraubt. Man hat ihm die Sprache weggenommen. Man hat ihn zum Schweigen gebracht. Und nun, so meinen wir, ist die Zeit gekommen, daß diese Leute auch zur Sprache kommen können.» Sie kamen bei uns zur Sprache, wir hörten zu und staunten.

Es war einer der denkwürdigsten Augenblicke beim Besuch, als unsere Gäste beim Altenclub Dias von ihren Stadtvierteln zeigten: vom Regen weggespülte Straßen, kein Abwasser, erst seit einigen Jahren Strom und Wasser für alle, zwei Räume für sechs bis acht Personen, ein großes Straßenfest zur Eröffnung der ersten Buslinie, die das Stadtviertel mit dem Zentrum und der Industriezone verband, usw., und dann die Bemerkung eines Gastes: «Hier zeigen wir nicht irgendein Elendsviertel, sondern da wohnen wir alle, wir fünf, die jetzt hier sind.» In einer atemlosen Stille spürte man die Betroffenheit, die bis auf den Grund der Seele fiel.

Die Frühstücke in den Häusern, die Besuche in den Familien, die Begegnungen beim Gemeindefest, die Treffen mit der Frauengemeinschaft, der KAB, dem Altenclub, im Kindergarten, im Brasilienkreis ließen in den wenigen Tagen eine unwahrscheinliche und überraschende Vertrautheit entstehen. Es erwies sich als richtig, daß wir mit unseren Gästen kein großes Reiseprogramm vorhatten, obwohl viele Einladungen vorlagen. Aber wir wollten sie nicht gleichsam hier und dort vorführen, sondern sie an unserem Leben teilnehmen lassen,

so daß sie immer wieder mit Menschen zusammenkamen, die sie schon kannten. So wurde die Gemeinde für die 14 Tage ein Stück Zuhause, das sie die neuen Erfahrungen leichter verarbeiten ließ und uns half, abgebrochene Gespräche immer wieder neu aufzunehmen. Die Gäste fragten: «Leben alle Arbeiter so wie ihr? Gibt es bei euch immer so viel zu essen?» Dazu ist zu bemerken, daß unsere Gemeinde sich vornehmlich aus Arbeitern und Angestellten der chemischen Industrie zusammensetzt, kaum aus leitenden Angestellten oder Selbständigen, so daß es kaum Reiche nach hiesigem Verständnis gibt. Dennoch waren wir für die Gäste natürlich «Reiche» im Verhältnis zu ihnen. Eine brach beim Abendessen des zweiten Tages in Tränen aus: zum drittenmal am Tag an einem gedeckten Tisch! Dabei gab es bewußt keine üppigen Speisen, aber eben doch schön für Gäste zurechtgemacht. Sie waren dabei überrascht, daß hier die Hausfrauen alles selber machen. Leute, die so leben, haben in ihrer Heimat eine «Domestica», die in einem kleinen, oft fensterlosen Raum haust, 24 Stunden für die Herrschaften dasein muß und dafür kaum einen Hungerlohn bekommt. Die Frauen unter unseren Gästen und die Frauen der Männer kannten dieses Domestica-Dasein aus eigener bitterer Erfahrung.

### **Arbeiterbewegung und Gewerkschaften bei uns**

Wir haben mit ihnen über die Geschichte der Arbeiterbewegung gesprochen, über die Kämpfe der Gewerkschaften. Bei der Besichtigung des Ruhrlandmuseums haben sie etwas über die Situation der Kumpels um 1900 erfahren. Sie fragten nach Arbeits- und Lebensverhältnissen, nach Versicherungen und Unfallgeschehen, und überall gab es bei der Übersetzung der Antworten dieselbe Überraschung: «Das war damals ja alles, wie es bei uns heute ist; wir sind jetzt den Herren Unternehmern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Wer bei uns in der Gewerkschaftsbewegung von unten mitarbeitet, der fliegt aus dem Betrieb.» Die offiziellen Gewerkschaften sind in Brasilien nämlich von oben konstruiert. Sie sind gleichsam der letzte Arm des Arbeitsministers bis in den Betrieb hinein und deswegen unfähig, gegen die herrschenden Wirtschaftsstrukturen anzugehen. So wurden die Gespräche mit den Betriebsräten und die Werkbesichtigungen wichtig: Sie lernten, wie sich die Situation durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung im Laufe der Jahrzehnte geändert hat. So wuchs die Einsicht: Auch deutschen Arbeitern wurde nichts geschenkt. Sie müßten sich ihre Lebensmöglichkeiten auch erkämpfen. Der Kampf lohnt sich also, auch wenn er lange dauert. Doch da in Brasilien die Industrialisierung noch keine vierzig Jahre dauert, sahen unsere Gäste sich in ihrem Kampf bestätigt. Die Rechte der Arbeiter hier machten sie gerade nicht mutlos, sondern zuversichtlicher. Allerdings erkannten sie und wir, wie dieselben Konzernleitungen dort und hier sich jeweils nach den Bedingungen des Landes anders verhalten. Wer sich hier (notgedrungen, d. h. gesetzlich erzwungen) sozialer verhält, bleibt drüben oft schamlos in der Ausnutzung der Rechtlosigkeit und der fehlenden sozialen Sicherheit der Arbeiter.

Wir haben bewußt mit unseren Gästen auch die negativen Seiten unserer Gegenwart besprochen. Beim Gespräch mit der Gruppe «Frauen helfen Frauen» kam auf einmal die Parallele mit der Situation in Brasilien auf: Gewalt gegen Frauen, davon können sie alle erzählen. Auf einmal bildete sich auch eine neue Gesprächsfront: Die brasilianischen Männer mußten sich kritischen Nachfragen stellen, ob nicht denn auch für sie die Gewalt gegen Frauen selbstverständlicher Alltag sei. Wir haben mit ihnen mit Weihbischof Voß, dem ehemaligen Caritasdirektor, über die strukturelle Armut hierzulande gesprochen, über die Asylsuchenden in den Massenquartieren, die Aus- und Übersiedler, die Wohnungslosen, die im erbarmungslosen Verdrängungswettbewerb auf der Straße landen, usf. All das kannten unsere Gäste auch unter den anderen Umständen ihres Landes: die vielen, die um einer Arbeit und des Lebens willen aus dem Landesinnern in die großen Städte

ziehen, um da neue Chancen zu bekommen, und dann doch in den Favelas landen. So ergaben sich Gespräche, die hin und her liefen, und wo wir uns gegenseitig etwas erzählen konnten. Es wuchs eine Partnerschaft, wo jeder vom anderen lernt.

Der Gottesdienst beim Gemeindefest stand unter dem Leitwort: Unsere Welt – eine Welt. Anstelle der Apostelgeschichte von damals lasen wir in der Apostelgegenwart: Unsere Gäste stellten sich mit ihren Aufgaben und Anliegen, mit ihren Kämpfen und Niederlagen, mit dem Leben in den Basisgemeinden vor. Außer den Gästen aus Brasilien waren auch noch ein Priester aus Tansania und ein Bruder aus Uganda dabei, die von unserem Tansaniakreis eingeladen worden waren. Der Priester aus Tansania verkündete dann das Evangelium, bevor alle in ihrer jeweiligen Landessprache das Glaubensbekenntnis sangen oder sprachen. Die Leute aus unseren beiden Gemeinden erfuhren: Wir werden von den Armen, den Glaubenszeuginnen und -zeugen aus Afrika und Lateinamerika, evangelisiert. Wir lernen von ihrem Glauben. So ähnlich werden viele Schriften des Alten Testaments entstanden sein: Man erzählt seine Erfahrungen, um sich des richtigen Weges mit Gott zu vergewissern, um seine Nähe bewußtzumachen, um sich und den anderen Mut zuzusprechen, um neu aufzubrechen.

Mir kam dabei noch eine andere biblische Parallele in den Sinn: «Er saß mitten unter den Lehrern, hörte ihnen zu und stellte ihnen Fragen. Alle, die ihn hörten, waren erstaunt über sein Verständnis und seine Antworten.» (Lk 2,46f.) Der Zwölfjährige im Tempel, das Kind unter den Lehrern, die Armen aus der «Dritten Welt» mitten unter uns, die wir doch alles besser wissen und ihnen sagen wollen, was sie tun sollen, Leute, denen man es eigentlich nicht zutraut, was sie tun und wie sie davon reden, die «Unterentwickelten» mit ihrem klaren Blick und ihrer menschlichen Weisheit, einfach, nüchtern, entschieden und fröhlich! «Wie können die denn so fröhlich sein und so lachen, wenn es ihnen doch so dreckig geht?» Die Antwort der Gäste: «Wieso denn nicht. Wir lieben doch das Leben und haben Lust daran. Deswegen kämpfen wir doch darum!»

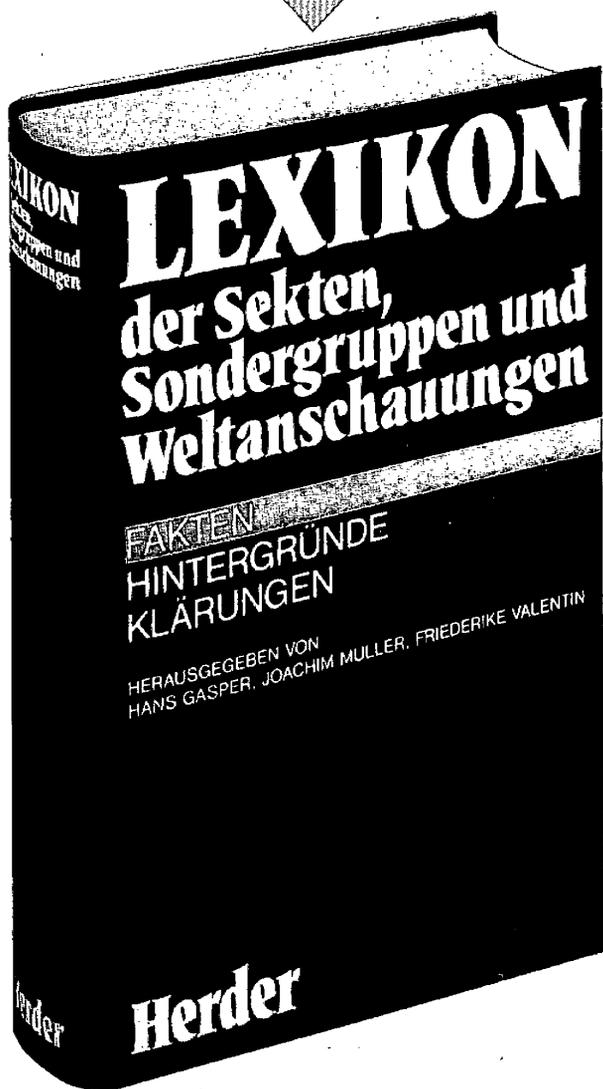
### **Konflikte in ihren Gemeinden**

Immer sprachen sie von Gott, wenn sie von ihren Kämpfen erzählten. Glaube und Kampf ums Leben waren ein und dieselbe Sache, nicht bloß zwei Seiten derselben Münze. Das hatten sie in ihren Gottesdiensten, Bibelgesprächen und Demonstrationen gelernt. Können wir das noch nachvollziehen? Oder haben wir nicht beides säuberlich voneinander getrennt: Glauben und Leben, Evangelium und Politik?

Doch die Folgen des römischen Kampfes gegen die Befreiungstheologie waren auch in diesen Basisgemeinden bitter zu spüren: Nach dem Weggang von Pater Rogerio hatte der Bischof einen Seminaristen in die Gemeinden geschickt. Ein Priester kam nur ab und zu zum Gottesdienst. Der zuständige Ortspfarrer hat die Gemeinden bis heute noch nicht besucht. Der Seminarist entpuppt sich als kleiner Ratzinger: Das Gottesdienstblatt, das von einer kleinen Equipe in Belo Horizonte herausgegeben wird, darf nicht mehr benützt werden, da es nicht den Rubriken entspricht. Frauen dürfen im Gottesdienst nicht mehr vorlesen oder predigen, auch nicht die Ministerinnen der Eucharistie, die es sonst taten, ob ein Priester anwesend war oder nicht. Der Pfarrgemeinderat – wenn wir in unseren Begriffen so reden dürfen – und der Bürgerverein, der sich mit anderen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Stadtviertel einsetzt, werden getrennt. Das Geld – auch das von uns – sei nur für die kirchliche Gemeinde, nicht für die engagierten Gruppen, die Kinderkrippe, die Frauenbewegung.

Der Seminarist läßt keine Diskussionen zu. Er entscheidet – und berichtet erst dann über seine Entscheidungen. Im Palma-

## Information und Orientierung zu einem dramatischen religiösen Umbruch



Kompetente Fachleute verschiedenster Disziplinen informieren mit einer Fülle von Fakten über die bekannten Sekten, religiösen Sondergruppen und Weltanschauungen, ihre Lehre und Lebenspraxis. Sie erschließen theologische, religions-, human- und sozialwissenschaftliche Hintergründe und ermöglichen so ein angemesseneres Verständnis der Phänomene.

„Ein hervorragend konzipiertes und grundsolid erarbeitetes Lexikon, das nicht nur eine Fülle von Informationen gibt; es hilft auch, gerade heutige ‚Wellen‘ und Praktiken vor ihren Hintergründen zu verstehen“ (Herbert Vorgrimler).

616 Seiten im Lexikonformat, geb., Fr. 94.10 / DM 98,-  
ISBN 3-451-21408-3

**In jeder Buchhandlung!**

**HERDER**

ris hat man ihn zur unerwünschten Person erklärt, weil er keinen Respekt vor der Geschichte der Gemeinde habe. In Sol Nascente hat er Boden unter den Füßen bekommen. Es ist ja auch einfacher für den einzelnen: Er hat jetzt wieder seine Führung und wird selber nicht mehr so in seiner Eigenständigkeit gefordert. Bemerkenswert dabei war, wie unsere Gäste über den Seminaristen sprachen: «Wir wollen ihn ja nicht bekehren», sagten sie, «aber er soll das achten, was wir in 15 Jahren von Pater Rogerio gelernt und uns selber erarbeitet haben. Er hat kein Recht, in unsere eigenständigen Gruppen und Initiativen einzugreifen und unseren Gottesdienst einfach zu verändern. Unseren Glauben kann er uns jedoch nicht nehmen.»

Für viele hier war es überraschend, wie offen sie über diese Konflikte sprachen. Mancher sagte mir hinterher: «Ich hätte das nicht so gekonnt. Das sind ja dieselben Probleme wie hier. Aber hier wird dann lieber darüber geschwiegen.» Viele von uns packte die Wut über diese Selbstherrlichkeit des Seminaristen und die bis zur Basis reichenden Machenschaften gegen die Armen. Selten ist das so konkret für uns zu fassen. Für viele in unserer Gemeinde war bisher der Streit um die Theologie der Befreiung weit weg, höchstens ein Hobby des Pastors. Jetzt erlebten sie in der Betroffenheit unserer Gäste die Wirkungen dieses Streites. Es geht dabei ja erst sekundär um die theologischen Auseinandersetzungen. Davon wissen die Armen nicht viel. Hier geht es um den weitreichenden Arm römischer Disziplinierung, den sie spüren, und sie verstehen nicht, was das soll. Viele hier erkannten erst in den Erzählungen der Gäste, wie dieses Vorgehen gegen die Armen und gegen das Evangelium gerichtet ist. Wir wußten, auf wessen Seite wir zu stehen hatten.

Ganz überrascht waren unsere Gäste von der Ökumene, die sie hier erlebten. Daß die evangelische Gemeinde ihren Flug mitfinanzierte, daß wir das Sommerfest gemeinsam feiern, daß die evangelische Pfarrerin und der evangelische Pfarrer den Gottesdienst am Sonntag mitfeiern, daß sie auch in die evangelische Gemeinde eingeladen wurden: all das hatten sie nicht erwartet. Sie kennen von Brasilien her nur die protestantischen Sekten und Freikirchen, die oft mit großem Aufwand und aggressiver Werbung die Leute sammeln, die dann aus der Gemeinschaft ausscheiden und sich von der gemeinsamen Arbeit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse zurückziehen, da sie jetzt «Jesus gefunden haben». So staunten sie über die selbstverständliche Zusammenarbeit und die gegenseitige Vertrautheit unserer katholischen und evangelischen Gemeinde hier in unserem Stadtviertel.

Wir sprachen mit unseren Gästen auch über das schreckliche Projekt «Nova California», wo am Rio São Francisco drei Millionen Hektar (!) Land bewässert und für die Agrarexportindustrie nutzbar gemacht werden sollen. Damit verbunden ist die Vertreibung von Tausenden von Kleinbauern wie schon beim Sobradinho-Staudamm am selben Fluß. Wir sprachen mit ihnen über die Abholzung der Amazonas-Urwälder, über die Situation der Indianer in Brasilien. Auch besuchten wir zwei befreundete Brasiliengruppen in der Nähe, die zum Teil mit den Fabrikkommissionen und Gewerkschaften in Brasilien zusammenarbeiten und zugleich hier über die Situation der Arbeiter dort in den Schwesterfirmen desselben Konzerns informieren. All das erregte das Erstaunen unserer Gäste. Sie sagten: «Hier erfahren wir ja mehr über unser Land, über die schlimmen Entwicklungen und gefährlichen Pläne, als wir es selber wissen. Wir dürfen nicht nur unser Stadtviertel sehen, wir müssen auch mehr als bisher die großen Entwicklungen beachten. Denn das hängt ja alles wieder mit unserer Situation zusammen: Die vom Land vertriebenen Leute landen dann bei uns und wissen nicht mehr weiter.» Die schlechte Information unserer Gäste hängt sicher nicht nur mit dem eingeschränkten Lebensradius der Armen zusammen, sondern auch mit der schlechten Informationspolitik in Brasilien, wo die Massenme-

dien selber wieder den Reichen gehören und ungünstige Informationen nach Möglichkeit unterdrückt werden.

Wie eine Zusammenfassung unserer Sorgen wirkte eine Frage an unsere Gäste: «Entmutigt euch nicht all das, was ihr hier hört und seht, der Wohlstand, die Arbeitsbedingungen, die Rechte der Arbeiter?» «Nein», sagten sie spontan, «es ermutigt uns vielmehr:

– Wir sind schon zehn oder fünfzehn Jahre im Kampf, wir sind Vorkämpfer dabei; wir sind realistisch genug, um zu wissen, daß es nur kleine Fortschritte gibt.

– Wir haben jetzt bei euch so viele Freundinnen und Freunde gefunden, die unseren Kampf verstehen, sich dafür interessieren und ihn solidarisch mittragen.

– Wir sehen bei euch, daß Verbesserungen nicht geschenkt werden. Wir brauchen starke Gewerkschaften von unten. Wir werden uns noch mehr dafür engagieren.»

Und dann, wie selbstverständlich, ohne Zögern:

– «Wir haben doch unseren Glauben. Gott liebt alle Menschen, und er will unser Leben. Dieser Glaube gibt uns immer wieder Kraft zum Kämpfen! Wir haben jetzt eine große Verantwortung!» sagten sie zum Abschied.

### Einsichten

Was zehn Jahre Bemühen um die Partnerschaft, die Besuche von Bischöfen und Theologen nicht vermochten, das haben die Armen selber geschafft: Die Partnerschaft ist vom Kopf in den Bauch gerutscht und hat die Breite der Gemeinde erreicht. Unsere Gemeinde ist durch diesen Besuch eine andere geworden. Keiner spricht mehr von den Reisekosten. Sie haben sich bezahlt gemacht. Die Begegnung hat überzeugt, und sie ist durch nichts zu bezahlen. Neue Initiativen sind entstanden (unmittelbar zwischen den Beteiligten, ohne Vermittlung des Brasilienkreises oder des Pastors): Die Frauengemeinschaft übernimmt eine regelmäßige Unterstützung des «Zentrums zur Befreiung der arbeitenden Frau». Fast 600 DM monatlich für die ersten drei Jahre sind schon gezeichnet. Die Spenden während des Besuches überstiegen noch einmal die bereits vorher aufgebrauchten Flugkosten, obwohl unsere Gäste um nichts gebeten haben. Vieles wurde auch an Material spontan gesammelt und mitgegeben. Doch manch alte Klammotten waren auch eine Zumutung für unsere Gäste. Es beschäftigt noch heute viele Gespräche, wie denn unsere Gäste zu Hause angekommen sind, wie sie über die Erfahrungen hier berichten werden. Das wird noch ein langer Prozeß werden drüben und auch hier. Aber eines hat sich bewahrheitet, was ich schon zur Vorbereitung in die Zeitungen hineingeschrieben habe: Wir sind die Beschenkten, wenn die Armen uns besuchen. Wir sind die Beschenkten, wenn sie von uns etwas annehmen und mitnehmen.

Voraussetzung für die Verantwortbarkeit des Versuches und für das Gelingen war die Begleitung der Leute durch Pater Rogerio bei der Vorbereitung drüben, beim Besuch hier und bei der Nacharbeit in Brasilien. Dabei ging es nicht nur um die nötige Übersetzung der Sprache, sondern auch um die Vermittlung der unterschiedlichen Lebensverhältnisse und Empfindungen, um die Gespräche innerhalb der Gästegruppe. Wir hatten noch das große Glück, daß *Barbara Hees*, eine deutsche Entwicklungshelferin, die im Zentrum für die Befreiung der arbeitenden Frau mitarbeitet und von dort her die beiden Frauen unter unseren Gästen und die Lebensverhältnisse dort schon kannte, zehn Tage bei uns war. Außerdem hat *Horst Goldstein* zwei Tage mitgeholfen in Übersetzung und Vermittlung. So konnte die gegenseitige Verständigung gelingen, nicht nur sprachlich, sondern auch von der Mentalität, den unterschiedlichen Voraussetzungen und Erfahrungen her. Fazit am Schluß der Reise: Wir sprechen zwar verschiedene Sprachen, aber wir verstehen uns besser als mit anderen, mit denen wir dieselbe Sprache haben. Barbara Hees kann zudem weiter bei der Verarbeitung der Erfahrungen drüben helfen,

da sie ja weiter mit den Frauen in der Koordination der Kinderkrippen zusammenarbeitet. Auch Pater Rogerio wird gemeinsam mit den Botschafterinnen und Botschaftern die Gemeinden besuchen. Ohne eine solche Einbettung des Besuches in die Begleitung dort kann man nach unseren Erfahrungen nicht verantworten, die Armen hierher zu holen. So aber kann sich wirkliche Partnerschaft entwickeln, die auch mittelfristig durchhalten kann. Unser nächster Besuch dort ist schon verabredet.

Wichtig war auch, daß wir den Besuch von vornherein auf 14 Tage beschränkt hatten. Es stellte sich heraus, daß nur einer unserer fünf Gäste schon einmal länger als vier Tage von zu Hause fort war. Alle anderen hatten ihre Stadt und ihre Familie noch nie verlassen. So war es eine erstaunliche Leistung, wie sie sich hier zurechtfinden. Zudem war die «*stabilitas loci*» hier wichtig, damit unsere Gäste nicht zerrissen wurden. 14 Tage waren zudem lange genug, um hier Eindrücke zu sammeln und Menschen zu begegnen, aber sie waren auch kurz genug, um hier nicht zu sehr der heimatlichen Situation entfremdet zu werden. So verband sich der Abschiedsschmerz mit der Sehnsucht nach den Angehörigen zu Hause und mit dem Interesse, die Erfahrungen hier den Gemeinden drüben zu vermitteln: «Die werden uns löchern!»

Dies alles ist hier erzählt, damit es andere ermutigt, dasselbe zu tun. Vielleicht sind wir in der Dritte-Welt-Arbeit zu sehr auf Bischöfe und Theologen von drüben oder Missionare und Ordensschwwestern von hier fixiert gewesen. Sie können sicher einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung zwischen den Welten leisten. Aber ich denke, jetzt ist ein qualitativ neuer Schritt notwendig, um in der Partnerschaft voranzukommen. Die Multiplikatoren von drüben bleiben leicht bei den Multiplikatoren hier hängen. Als ich in unserer Gemeinde fragte, warum denn erst jetzt ein Durchbruch gelungen sei, sagten die Leute: «Die Bischöfe und auch Pater Rogerio haben wir immer mehr als Gäste des Pfarrhauses, als Ihre Gäste angesehen. Die Armen aus Brasilien aber waren Gäste der ganzen Gemeinde. Die gehörten zu uns.» Wir dürfen uns nicht damit begnügen, daß wir mit den Bischöfen und Theologen über die Armen reden. Wir müssen mit ihnen reden. Erst dann bekommen sie für uns einen Namen und ein Gesicht. Nur dann sind wir für sie keine anonymen Spender mehr, sondern Schwestern und Brüder, die sich gegenseitig helfen und tragen. Prälat Herkenrath von Misereor sagte mir bei der Vorbereitung des Besuches: «Das geschieht ganz selten. Mir sind erst wenige Versuche bekannt. Aber das steht jetzt an.»

Zum Schluß ein paar Ausschnitte aus den Briefen, die uns unsere Gäste hinterlassen haben: «Aus unserem Glauben an Gott sind Vereinigung und Liebe erwachsen. Aus Liebe ergab sich Freundschaft in einem fernen Land. Woher wir kommen, sieht man an unserem Gepäck. Es deutet auf die Realität, in der wir leben. Unser Weg ist lang, aber dennoch voller Hoffnung.» «Wir, die Mehrheit der Brasilianer, sind arme, einfache Menschen. Aber wir umarmen Euch voller Liebe.» «Wir lassen Sehnsucht zurück und nehmen Sehnsucht mit uns.» «Zuallererst danken wir Gott, denn nur er hat die Macht, das Herz der Menschen miteinander zu verbinden. Dann aber Euch, die Ihr diesen gütigen Gott in Eurem Herzen tragt.» «Ich danke Euch für die Kerze, welche großen Eindruck machen wird, weil sie unserer Gemeinde das Gefühl vermittelt, daß Ihr alle bei uns anwesend seid.» «Wir sind sicher, daß Ihr uns nicht vergessen werdet, weil wir fühlen, daß Gott uns in Liebe und Geschwisterlichkeit verbunden hat.» «Wir haben menschliche Wärme bei Euch erfahren. Wir bescheidenen Vertreter des brasilianischen Volkes fühlten uns von Euch verwöhnt. Wir sind dankbar und hoffnungsvoll, daß die Marler Gemeinde Beispiel für eine weltweite Union der Brüderlichkeit und Liebe werden könnte. Trotz der Ferne wird uns nichts voneinander trennen. Wir werden Geschwister bleiben, die sich lieben.»

Ferdinand Kerstiens, Marl

# Die Kirchen im Staatssozialismus der DDR

Da in der evangelischen und katholischen Kirche Deutschlands ein Zusammenschluß der Führungsorgane von West und Ost, der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirche bzw. der Deutschen Bischofskonferenz und der Berliner Bischofskonferenz im Gange ist, wird die Rückerinnerung der beiden Kirchen in der ehemaligen DDR um so dringender. Der Autor dieses Beitrages, Günter Frank, ist Pallottinerpater und seit vier Jahren wissenschaftlicher Assistent bei Professor Konrad Feiereis im Fachbereich Philosophie. Der Beitrag wurde auf einer Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten an einigen Universitäten vorgetragen. (Red.)

Am 7. Oktober 1989, an jenem Sonntag, an dem das SED-Regime den 40. Jahrestag der DDR feierte und Präsident Gorbatschow die prophetischen Worte «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!» in die Ohren des ehemaligen Generalsekretärs Erich Honecker sprach – an jenem Sonntag wurde in allen katholischen Gottesdiensten der Psalm 95 gebetet. Der alle drei Jahre an diesem Sonntag wiederkehrende Psalm erhielt damals eine besondere Bedeutung. In den Versen 10 und 11 heißt es nämlich: «Vierzig Jahre war mir dies Geschlecht zuwider und ich sagte: Sie sind ein Volk, dessen Herz in die Irre geht; denn meine Wege kennen sie nicht. Darum habe ich in meinem Zorn geschworen: Sie sollen nicht kommen in das Land meiner Ruhe.»

Niemand konnte damals ahnen, daß sich diese Verheißung bereits wenige Tage später erfüllen sollte. Niemand ahnte im Traum diese friedliche Herbstrevolution. Und noch weniger konnte man vorhersehen, daß bereits ein Jahr später die Teilung Deutschlands als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vorüber sein und die DDR als eigenständiger Staat nicht mehr existieren sollte.

In der ehemaligen DDR lebten nach der großen Flüchtlingswelle im Sommer 1989 nur noch ca. 16 Mio Einwohner. Nach den letzten statistischen Erhebungen gibt es weit weniger Christen auf diesem Gebiet als früher angenommen. Ca. 20% der Einwohner zählen sich zu den protestantischen Kirchen und nur ca. 4,4% (= 700 000) sind Mitglieder der katholischen Kirche. Im Vergleich zur Zeit der Entstehung der DDR verzeichnen beide christlichen Kirchen also einen erheblichen Mitgliederschwund. Nichts deutet in der Gegenwart darauf hin, daß diese Minorisierungstendenz gestoppt würde. In der katholischen Großstadtgemeinde Jena, zu der ungefähr 8000 Katholiken gehören, gibt es z. Zt. wöchentlich rund 50 Kirchengangarten. Wenn man den in den 80er Jahren von Marxisten erstellten Statistiken Glauben schenken kann, werden nur noch 10–20% der jungen Einwohner der ehemaligen DDR in ihrem Leben mit dem Phänomen «Religion» konfrontiert, vornehmlich über eine der beiden christlichen Großkirchen.

Dieses Phänomen zunehmender Minorisierung christlicher Kirchen ist um so erstaunlicher vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung in den vergangenen Monaten. Aus der letzten freien und demokratischen Volkskammerwahl am 18. März 1990 gingen die christlich-konservativen Parteien mit einem überwältigenden Wahlsieg hervor. Ein ähnliches Ergebnis verzeichneten die ersten Landtagswahlen der neuen Bundesländer auf dem Territorium der ehemaligen DDR am 14. Oktober 1990. Unter den vielen Theologinnen und Theologen hatten allein 20 Pastoren ein politisches Mandat als Abgeordnete im Parlament, also 5% aller Abgeordneten. Nicht zuletzt ist bemerkenswert, daß selbst im Regierungskabinet des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière vier Pastoren als Minister tätig waren. Diese politische und kirchliche Beobachtung steht also deutlich im Mißverhältnis zur ansonsten in der Gesellschaft festzustellenden und weiter zunehmenden Minorität der Kirchen.

Welchen Weg haben die Kirchen in dieser staatssozialistischen Gesellschaft beschritten? Wie hat sich das Verhältnis von Kirche und Staat in den vergangenen 40 Jahren herausgebildet und mit welchem Selbstverständnis haben die Kirchen selbst diesen Weg beschrieben? Mein Interesse gilt hier besonders der Bedeutung der Kirchen bei der Demokratiebewegung in der DDR. Allgemein wird gesagt, daß vor allem die evangelischen Kirchen die Demokratisierung in der DDR ermöglicht und vorangetrieben hätten. Welche Rolle spielte die katholische Kirche, so daß sie ganz offenkundig eine geringere Bedeutung für diesen Prozeß besaß? Um diesen Fragen nachzugehen, möchte ich in einem ersten Gedankengang in vier Skizzen die staatspolitischen Grundlagen der ehemaligen DDR-Gesellschaft beschreiben.

## Die staatspolitischen Grundlagen

Eines der grundlegenden Kennzeichen der ehemaligen DDR war die faktische Identität von Staat und Gesellschaft. Alle Bereiche der Gesellschaft unterstanden der von der SED bestimmten staatlichen Kontrolle. Einen staatsfreien Raum gab es tatsächlich nur in den Kirchen, die auf sehr unterschiedliche Weise – wie noch zu zeigen ist – diese relative Autonomie gegenüber dem Staat auszugestalten versuchten. Das SED-Regime selbst hat von Anfang an alle politischen Kräfte an sich zu binden versucht und – so muß man feststellen – über 40 Jahre auch weithin vermocht. Sie schuf dazu seit dem Entstehen der DDR die «Nationale Einheitsfront», in der sie alle politischen Parteien auf die SED-Politik verpflichtete und damit politisch gleichschaltete. Natürlich hat die SED schon unter Walter Ulbricht, dem ersten Staatsoberhaupt, versucht, auch die Kirchen, die einzigen staatsfreien Kräfte, für ihre Zwecke politisch zu instrumentalisieren. Die Christlich-Demokratische Union, die Christliche Friedenskonferenz (CFK) und die sogenannten christlichen Kreise bei der Nationalen Front dienten vornehmlich dem Ziel, die Kirchen in die offizielle SED-Politik zu integrieren. Bei diesen genannten politischen Gruppen hatte diese Strategie über weite Strecken Erfolg. Im Gegensatz zu diesen Instrumentalisierungsversuchen hielt die SED aber immer an ihrer These von der «Verneinung einer ideologischen Koexistenz» mit nichtsozialistischen Kräften fest.

Erreicht wurde die totale Verstaatlichung der Gesellschaft durch ein bürokratisch-zentralistisches System, das die ganze Gesellschaft verwaltete und staatspolitische Grundideen und Forderungen überall durchzusetzen versuchte. Diese fatale Identifikation von Staat und Gesellschaft gehörte schließlich zu den Grundkonflikten der ehemaligen DDR. Nachdem im Laufe der Jahre zunehmend ein innergesellschaftlicher Dissens entstand, kam den Kirchen gewissermaßen notwendig eine besondere Rolle zu, soweit sie der einzige staatsfreie Raum waren, in dem dieser Dissens artikuliert werden konnte. Entgegen dem Bekenntnis der sogenannten «Ulbricht-Gruppe», die in der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges für die Reorganisation Mitteldeutschlands vorbereitet wurde, daß es einen eigenständigen Weg Deutschlands zum Sozialismus gebe, hatten W. Ulbricht und andere führende Kommunisten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und in den 50er Jahren die Stalinisierung der DDR vorangetrieben. Dieser sowjetisch-stalinistische Weg ist eine wichtige Grundlage der SED-Politik in den 50er Jahren. Wolfgang Leonhard, Philosoph und Politologe, der während des Krieges in der Sowjetunion ebenfalls für die Reorganisation Mitteldeutschlands ausgebildet wurde und der dann als Kritiker des stalinistischen Weges aus der kommunistischen Bewegung austrat, hat in einem Aufsatz 1979 nachgewiesen, daß sich die sowjetische Deutschlandpolitik bereits 1947/48 wandelte. Während die

Sowjetunion bis zu diesem Zeitpunkt durchaus noch für ein Gesamtdeutschland eintrat, rückte nun zunehmend die Sicherung des eigenen Besitzstandes in Osteuropa, darunter auch der Sowjetzone Deutschland, in den Vordergrund.<sup>1</sup> Die Sowjetunion und die bald entstehende DDR begannen, sich auf eine deutsche Zweistaatlichkeit einzurichten. Damit setzte recht frühzeitig die Abgrenzungspolitik gegenüber dem anderen deutschen Staat ein. Es folgte die Zeit des Kalten Krieges zwischen den beiden deutschen Staaten, Repräsentanten der beiden Militärbündnisse «Nato» und «Warschauer Pakt». Diese Entwicklung hatte natürlich auch Folgen für die Kirchen. Mit der zunehmenden Abgrenzungspolitik wuchs der Druck des SED-Regimes auf die Kirchen nach Trennung von der Westkirche und nach einem eigenständigen Weg im SED-Staat. 1969 wurde der «Bund der evangelischen Kirchen in der DDR» gegründet, nicht ohne Nötigung durch die Regierung. 1976 wurde auch in der katholischen Kirche eine eigene Bischofskonferenz im Raum der DDR gegründet.

#### **Staatspolitik mittels Volkssystem und «Staatsicherheit»**

Das Volkssystem in der DDR war der gigantische Versuch eines einheitlichen Erziehungssystems, das von der Kinderkrippe bis zu Hochschulen und Universitäten reichte. Erklärtes Ziel dieser Bildungspolitik war die Erziehung von sozialistischen und kommunistischen Persönlichkeiten. Entsprechend ihres Selbstverständnisses verfolgte die SED dieses Ziel offensiv: Durch Bildungsinhalte und kommunistische Jugendorganisationen verpflichtete sie die Bürger auf die offizielle SED-Politik. Dazu zählt auch die offene und verdeckte Erziehung zum Atheismus, der vor allem durch ein positivistisches Naturwissenschaftsverständnis aus dem 19. Jahrhundert begründet wurde.

Diese Bildungspolitik hatte natürlich auch Konsequenzen für die Kirchen. Sie verschwanden aus den Schulen. Möglichkeiten zu einer inhaltlichen Partizipation am Bildungswesen waren praktisch ausgeschlossen. Die Kirchen sahen sich daher gezwungen, eigene katechetische und religiöse Sozialisationsmodelle zu entwickeln.

Damit waren bereits Konflikte zwischen SED-Staat und Kirchen vorprogrammiert: Den jungen Christen, die in den Kirchen beheimatet waren, begegnete an Schulen und Universitäten eine offensive Erziehung zum Atheismus. Es ist kein Geheimnis, daß es für Christen in der DDR nur in Ausnahmefällen Chancen- und Bildungsgleichheit gab. Das Bildungswesen gehörte daher zu den Dauerthemen, die die Kirchen im Gespräch mit dem Staat ansprechen wollten. Zu solch einer Verständigung ist es in der DDR jedoch nie gekommen.

Die allgegenwärtige Existenz und verbrecherische Tätigkeit des DDR-Geheimdienstes gehört zu den erschreckenden Hypothesen, die die ehemalige DDR in das neue Deutschland einbringt. Die «Stasi» war ein flächendeckendes Überwachungs- und Spitzelsystem, das alle politische Kritik von innen schon im Ansatz unterbinden sollte. Feindbild der «Stasi» war nicht nur der Kapitalismus, sondern das Volk der DDR selbst. Der Geheimdienst schreckte auch vor kriminellen Methoden nicht zurück: Erpressung, Nötigung, Einlieferung von Andersdenkenden in psychiatrische Kliniken, Vorbereitung von Konzentrationslagern für Oppositionelle. Offiziell soll der Geheimdienst einige hunderttausend Mitarbeiter besessen haben; diese Zahl dürfte allerdings noch zu niedrig sein. Dieser Geheimdienst ist vor allem für jenes System der Angst und des Schreckens verantwortlich, unter dem die Bürger so lange Zeit gelitten haben.

Daß die Kirchen als einziger staatsfreier Raum ein besonders beliebtes Objekt für den Geheimdienst waren, bedarf keiner weiteren Begründung. Rückblickend muß man sogar einräumen, daß der Arm der Stasi bis in die Kirchen hinein reichte,

<sup>1</sup> W. Leonhard, Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, DVA, Stuttgart 1990, 51f.

ja, daß sogar einige Mitarbeiter der Kirchen für den Geheimdienst arbeiteten.<sup>2</sup> Diese Tatsache zählt zu den schweren Aufgaben der Vergangenheitsbewältigung der Kirchen im SED-Staat.

Wie haben also die Kirchen in dieser Gesellschaft versucht, ihren Auftrag und ihre Aufgaben zu erfüllen. Welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten besaßen sie in dem Rahmen, den zu gewähren ihnen das SED-Regime bereit war? Aufgrund der besonderen Rolle bei der Demokratisierung in der DDR gilt mein Blick vor allem den evangelischen Kirchen. Zum Schluß werde ich jedoch auch einige Bemerkungen zum Weg der katholischen Kirche machen, um zu verdeutlichen, warum es ihr wesentlich schwerer fiel, diesen Demokratisierungsprozeß von Anfang an aktiv voranzutreiben.

## Der Weg der protestantischen Kirchen

Bereits am Anfang habe ich darauf hingewiesen, daß die Mitgliederzahl protestantischer Christen in den letzten Jahren stetig zurückgegangen ist und daß diese Tendenz in der Gegenwart anhält. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: Soziologisch hat sich für alle Kirchen gezeigt, daß es für die Umsiedler, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in die DDR kamen, nicht leicht war, in dieser Gesellschaft eine christliche und kulturelle Identität zu finden. Die Entchristlichung der DDR-Gesellschaft ist aber auch Ergebnis der massiven Atheismus-Propaganda des gesamten Staatssozialismus in der DDR wie auch der Säkularisation unserer Kultur im 20. Jahrhundert.

Dennoch waren und sind die evangelischen Kirchen eine gesamtgesellschaftlich besonders relevante Größe. Es gab – wenn auch staatlich zensierte – Kirchenzeitungen und theologische Zeitschriften. In den 80er Jahren gewährte das staatliche Fernsehen Sendezeiten für Kirchensendungen. An sechs Universitäten der DDR waren theologische Fakultäten eingerichtet (Halle, Berlin, Jena, Leipzig, Rostock, Greifswald). Diese Universitäten unterlagen zwar der staatlichen Aufsicht, Professoren wurden vom Staat ernannt und Studenten mußten als Pflichtfach Marxismus/Leninismus belegen. Die theologische und politische Bedeutung dieser Einrichtungen darf dennoch nicht zu gering eingeschätzt werden. Die Theologischen Fakultäten stellten nämlich das einzige alternative Studium in der DDR dar. Hier studierte man theologische und geistige Traditionen, denen man sonst in der Gesellschaft nicht begegnen konnte. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den kirchlichen Ausbildungsstätten in Berlin, Naumburg und Leipzig zu, die in relativer Autonomie inhaltlich und strukturell von den Kirchen selbst organisiert wurden. Anders etwa als die katholische Kirche waren die protestantischen Kirchen im Bildungsbereich durchaus präsent und zugleich immer ein bedeutender Bereich eines alternativen Wissensfundus. Neben dieser Präsenz an den Universitäten waren die Kirchen überhaupt der größte staatsfreie Raum in der DDR-Gesellschaft. Die Kirchen- und Gemeinderäume, die – wenn auch sehr bescheidene – Drucktechnik und die große Gruppe von ausgebildeten Kirchenangestellten entzogen sich weitgehend dem unmittelbaren Zugriff des SED-Staates. Diese Tatsache gewann vor allem dann an Bedeutung, als sich in den 80er Jahren der innergesellschaftliche Dissens immer deutlicher artikulierte. Eberhart Neubert, Leiter der Studienstelle beim Bund der Evangelischen Kirchen, hat in der eindrucksvollen soziologischen Studie «Die Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft» bereits 1985 nachgewiesen, daß sozial-ethische Gruppen, die schon in den 70er Jahren entstanden waren, unter dem Dach der Kirchen Schutz suchten, weil außer in den Kirchen keine andere Gegenöffentlichkeit möglich war. Solche Basisgruppen, Menschenrechts-, Friedens-

<sup>2</sup> E. Neubert, Die Ekklesiologie des Erich Mielke. Stasi-Dokumente und kirchliche Vergangenheitsbewältigung, in: Übergänge 2 (1990) 70–75.

Der theologische Beitrag  
zur 700-Jahr-Feier der  
Schweizer Eidgenossenschaft



Ein Kapitel europäischer  
Geistesgeschichte in  
packenden biographischen  
Porträts über bedeutende  
Schweizer Theologen und  
Theologinnen.  
Ein Geschichtswerk, dessen  
Lektüre zum Erlebnis wird.

**VERLAG HERDER**

und Umweltgruppen sind dann auch wichtige Indikatoren für den Demokratisierungsprozeß geworden. Wegen ihres alternativen Wissensfundus und den staatsfreien Räumen konnten in den Kirchen auch die Oppositionsgruppen entstehen und die ersten Oppositionsveranstaltungen stattfinden. Im vergangenen Jahr gab es keinen Runden Tisch, kein Bürgerkomitee, kein Parlament, in dem die Kirchen nicht als Vermittler fungierten oder selber als Mitglieder präsent waren. Auch dafür waren die Kirchen prädestiniert, weil sie schon lange ein synodales, staatskritisches, dialogisches und alternatives Moment erprobt hatten.

Die positive Rolle und Bedeutung der Kirchen in der DDR-Gesellschaft wird jedoch nicht von allen eingeräumt. Rolf Henrich, Mitbegründer der wohl größten und wichtigsten Oppositionsbewegung, des Neuen Forums, hat in seinem kurz vor der politischen Wende erschienenen Buch «Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus»<sup>3</sup> den Weg der protestantischen Kirchen in der DDR sehr kritisch beschrieben. Die Kirche habe lange Zeit zur Erhaltung des Staatssozialismus beigetragen. Henrich bezieht sich in seiner Kritik besonders auf die Standortbestimmung der Kirchen, wie sie bei den Gesprächen gegenüber dem Staat 1978 formuliert wurde: «Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus sein.» Dadurch habe die Kirche ein erschreckendes Manko an politischer Widerstandsgeschichte und ein erdrückendes Übergewicht einer Gehorsams- und Anpassungsgeschichte gefördert, die das deutsche Luthertum bis in die Gegenwart hinein kennzeichne. Durch eine pauschale Bewertung des Leidens, das zum Christsein in der staatssozialistischen DDR gehöre, sei der christliche Widerspruchsgeist geradezu mundtot gemacht worden. Dadurch habe die Kirche eine frühere Opposition verhindert und der Symbiose von Thron und Altar neuen Ausdruck verliehen.

Zwei völlig gegensätzliche Beobachtungen und Wertungen – einerseits die große Bedeutung der Kirchen für die Demokratisierung, andererseits der Vorwurf, die Kirchen hätten gerade eine frühere Opposition verhindert. Sie spiegeln genau die Spannweite des Weges wider, den zu gehen den Kirchen aufgetragen war.

#### Die Teilung der Kirchen in Deutschland

Zu den wichtigen Einsichten und Erfahrungen der Kirchen nach dem Zweiten Weltkrieg gehört die eigene Schuldgeschichte in der Zeit des deutschen Nationalsozialismus. Die Instrumentalisierung der «Deutschen Reichskirche» für die politischen Ziele der Nazis zählt zu den schweren Hypothesen, die die Kirchen zu einem kritischen Neubeginn zwangen. Im «Stuttgarter Schuldbekennnis» 1947 und im «Darmstädter Wort» 1949 wurde die Verirrung in der Zeit der nationalsozialistischen Ideologie in aller Öffentlichkeit bekannt.

Zur ersten großen Bewährungsprobe für einen kritischen Neuanfang für die EKdD wurde das Problem der Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Jahr 1950. Pastor Martin Niemöller und Gustav Heinemann, späterer Bundespräsident in Westdeutschland, zwei herausragende Mitglieder der «Bekennenden Kirche» in der Zeit des Nationalsozialismus, die dann als «Kirchliche Bruderschaften» in Ostdeutschland weiterexistierte, waren entschiedene Gegner einer Wiederbewaffnung. Von besonderer Bedeutung war schließlich die Auseinandersetzung um den Militärseelsorgevertrag 1957. Durch diesen Vertrag integrierte die westdeutsche Regierung die Kirchen praktisch in ihre Sicherheitspolitik und schwächte die breite pazifistische Bewegung, wie sie gerade nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges in den Kirchen entstanden war. Die Kirchen in Ostdeutschland wurden aus dieser Verpflichtung entlassen. Das SED-Regime sah in dem Militärseelsorgever-

<sup>3</sup> R. Henrich, Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. Hamburg 1989, bes. 223–249.

trag nun gerade jenes Symbol, das in vielen Gesprächen mit den Kirchen als Vorwand diente: die «Nato-Kirche» habe erneut ihren reaktionären Charakter bewiesen. In dieser Auseinandersetzung wurde bereits deutlich, daß es faktisch zwei verschiedene Wege der Kirchen im geteilten Deutschland gab, auch wenn in den 50er Jahren kein Jahr verging, in dem die Kirche nicht ihr Festhalten an der deutschen Wiedervereinigung bekundete.<sup>4</sup>

Nach dem Mauerbau 1961 und besonders in der Zeit vor der neuen DDR-Verfassung 1969 wurde die deutsche Einheit in den Kirchen nicht mehr thematisiert. Das SED-Regime verhinderte zunehmend die Gemeinschaft der Kirchen in Deutschland und zwang dadurch zur Gründung des «Bundes der Evangelischen Kirchen» 1969 in der DDR. Es gab aber auch theologische Differenzen der Kirchen im geteilten Deutschland. In der DDR hatte man bereits andere Positionen in Fragen der Rüstungspolitik und der Militärseelsorge bezogen und schon frühzeitig eine eigene Friedensethik und Friedensethik entwickelt. Vor allem aber wollten die Kirchen in der DDR ihre Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in dieser Gesellschaft realisieren. Ein vom Rat der EKU eingesetzter Ausschuß behandelte 1964/65 auf einer Tagung der «Christlichen Friedenskonferenz» in Prag die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Die deutsche Teilung und die beiden verschiedenen Wege der Kirchen in Ost und West wurden auf dieser Tagung positiv begründet. Die deutsche Teilung sei Ergebnis der eigenen Schuldgeschichte. Darüber hinaus würden den Kirchen mit dieser Teilung eine Aufgabe gestellt, «die es als eine gute Aufgabe anzunehmen gelte».<sup>5</sup> Die Trennung der DDR-Kirchen von der Kirche in der Bundesrepublik war damit faktisch vollzogen. Den Kirchen in der DDR wuchs nun die Aufgabe zu, ihren Standort in der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR grundsätzlich zu bestimmen.

Der Generalsuperintendent der Berlin-Brandenburgischen Kirche, *Günter Krusche*, resümiert im Rückblick auf die Gründung des «Bundes der Evangelischen Kirchen» in der DDR 1969: Die Kirchen gewannen einen größeren Spielraum und konnten so z. B. den KSZE-Prozeß in den 70er Jahren fördern. Gerade die stillschweigende Anerkennung der gegebenen Verhältnisse der deutschen Teilung sei die Bedingung der Ermöglichung einer gemeinsamen Zukunft gewesen.<sup>6</sup>

Die evangelischen Kirchen in der DDR haben sich also ganz anders als die katholische Kirche ziemlich früh mit der deutschen Teilung abgefunden und darin ihre besondere Aufgabe verstanden. In Anerkennung der gegebenen Verhältnisse als Ergebnis der deutschen Schuldgeschichte sahen sie in einer gewissen Loyalität gegenüber dem Staat den entscheidenden Ausgangspunkt für eine konstruktive Kritik und Gestaltung dieser DDR-Gesellschaft. Es ist daher kein Wunder, daß nach der politischen Wende im Herbst 1989 eine breite Koalition der Parteien und Kirchen in der DDR in dem Problem bestand, daß die «deutsche Frage» kein Thema sei. Man wollte Reformen in der DDR, man wollte einen eigenständigen Weg gehen, ohne auch nur im Ansatz zu reflektieren, was dies für die Frage der deutschen Teilung bedeute.

### Kirche im Sozialismus

Die Kirchen in der DDR hatten sich für einen eigenständigen Weg in dieser Gesellschaft entschieden. Sie wurde dadurch zu einer eigenen Standortbestimmung in dieser staatssozialistischen Gesellschaft gezwungen, die offensiv eine atheistische Weltanschauung propagierte und keine Abweichung von ihren staatspolitischen Grundlagen duldete. Diese Standortbestimmung wurde durch das Gespräch zwischen *Erich Honecker*

und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen am 6. März 1978 mit der Formel «Kirche im Sozialismus» erreicht. Staat und Kirche fanden eine grundsätzliche Übereinkunft und anerkannten sich als gleichberechtigte Partner.<sup>7</sup> Hintergrund dieser Erklärung war der positive Ansatz der Kirchen, daß man «Kirche als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft nicht gegen oder neben der Gesellschaft, sondern in ihr» sein wolle.<sup>8</sup> Trotz vieler positiver Ergebnisse nach dieser grundsätzlichen Übereinkunft offenbarte die Standortbeschreibung als «Kirche im Sozialismus» aber auch erhebliche Probleme. Obwohl es in den Kirchen keine klare inhaltliche Bestimmung des Begriffs «Sozialismus» und obwohl es keine Theorie des sozialistischen Herrschaftsapparates gab, wurde dieser Begriff von vielen bedeutenden Theologen auch inhaltlich verstanden. Propst *Heino Falcke*, einer der führenden geistlichen Vertreter der Friedensbewegung in der DDR, sprach immer von einem «verbesserlichen Sozialismus als geschichtsoffenes System». Der bereits erwähnte *Günter Krusche* und der evangelische Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe*, inzwischen Ministerpräsident in Brandenburg, sahen in der sozialistischen Idee eine starke Affinität zur Prophetie des Alten Testaments, zur Bergpredigt und zur Urgemeinde des Christentums.<sup>9</sup> *Rainer Henkys*, einer der besten Kenner der evangelischen Kirchen in der DDR, sieht die Probleme dieser Formel «Kirche im Sozialismus» nicht nur im Defizit einer Sozialismus-Theorie, sondern auch in der Voraussetzung, daß die Kirchen die vorgegebene Realität als Fügung Gottes begriffen, den Sozialismus also unter die Herrschaft Gottes gestellt und mit seiner Verbesserlichkeit gerechnet hätten. Gerade wegen der Ambivalenz dieser Formel sei die Kirchenpolitik faktisch zur Legitimation des zentralistisch-bürokratischen Herrschaftssystems der SED geworden.<sup>10</sup> Die Kirchen selbst, so räumt Altbischof *Werner Krusche*, der bei den Gesprächen 1978 anwesend war, rückblickend ein, hatten in den Verhandlungen die Hörbereitschaft und Reformwilligkeit des SED-Regimes überschätzt. Viele Gläubige gewannen daher in den 70er Jahren den Eindruck, daß sich die Kirche mit dem Staat arrangiert habe.<sup>11</sup>

Das SED-Regime hat andererseits in dieser Formel «Kirche im Sozialismus» ihr eigenes Sozialismusverständnis gesehen und sie als Integrationsformel für seine Kirchenpolitik verwendet. Als sich in den 80er Jahren die Opposition und die Demokratiebestrebungen in den Kirchen artikulierten, mahnte das Regime die Kirchen, zu den Anfängen der Grundsatzerklärung 1978 zurückzukehren.

### Die Kirchenpolitik des SED-Staates

Die gesamtgesellschaftliche Allgegenwart des SED-Regimes zielte u. a. auch auf die Entpolitisierung der Kirchen. Sie wurden aus dem öffentlichen Leben verbannt. Eigenständigkeit wurde ihnen nur im Bereich der Theologie und des Kultes zuerkannt. Und auch das politische Engagement kirchlicher Gruppen oder Parteien wie der CDU und der CFK fand nur Akzeptanz, wenn es der innerkirchlichen Solidarität schadete und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht in Frage stellte. Alles andere galt als politischer Mißbrauch der Kirche.<sup>12</sup> E. Neubert stellt fest, daß die Strategie der SED eine gewisse Aufnahmebereitschaft in Teilen der Kirchen fand. Die Entpolitisierung der Kirchen zeigte sich z. B. in dem langen Tauziehen um die Frage, ob die Basisgruppen, in denen sich der politische Widerstand formulierte, den besonderen Schutz

<sup>7</sup> Kirchliches Jahrbuch 1978, 351–353.

<sup>8</sup> W. Krusche, Zwischen Anpassung und Opposition. Gespräch über den zurückliegenden Weg der «Kirche im Sozialismus», in: Übergänge 2 (1990) 51–56.

<sup>9</sup> G. Krusche, Reform oder Revolution?, in: EvKomm 1 (1990) 23–30.

<sup>10</sup> R. Henkys, Zwischen Konformität und Reform. Kirche, Gesellschaft und Partei im anderen Deutschland, in: EvKomm 11 (1989) 6–9.

<sup>11</sup> Siehe Anm. 8.

<sup>12</sup> Siehe Anm. 2.

<sup>4</sup> T. Friebel, Opfer für die Einheit. Die evangelischen Kirchen und die deutsche Frage, in: EvKomm 4 (1990) 213–215.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> G. Krusche, Nach vierzig Jahren. Verantwortungsgemeinschaft der Kirchen in beiden deutschen Staaten, in: EvKomm 6 (1989) 28–30.

der Kirche verdiene, ob also das politische Engagement mit dem Dienst der Kirche im Einklang stehe. Diese verordnete und teilweise internalisierte Entpolitisierung hatte übrigens auch bei der katholischen Kirche Erfolg. Auf der Vollversammlung der «Berliner Bischofskonferenz» am 25. 9. 1989, als sich die politische Lage nach der Flüchtlingswelle zuspitzte und unter dem Dach der evangelischen Kirchen bereits die Oppositionsgruppen arbeiteten, wurde – wie das entsprechende Dokument des Geheimdienstes festhält – erklärt, daß «die katholischen Bischöfe in der DDR... jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit (sein), gemeinsam mit den evangelischen Bischöfen Forderungen gegenüber der Regierung zum Ausdruck zu bringen».<sup>13</sup>

### Die Rolle der Kirchen bei der Herbstrevolution 1989

Der Demokratisierungsschub in der DDR hat viele Väter. Zuerst zu nennen ist natürlich die neue Politik von Präsident Gorbatschow, die Perestroika, die sozusagen das geistige Grundwasser der Demokratisierung in Osteuropa bildete. Zu nennen ist auch das politische Engagement der vielen Oppositions- und Basisgruppen, die vornehmlich unter dem Dach der Kirchen als einzige staatsfreie Räume Zuflucht suchten und fanden. Die Kirchen wuchsen in diesem Prozeß zunehmend in zwei Positionen hinein: einerseits sahen sie ihre Aufgabe darin, für die Lebensinteressen der Bürger einzutreten und als Christen Verantwortung für die Gesellschaft wahrzunehmen; andererseits wurden sie in die Funktion gedrängt, die Gesellschaft gegenüber dem Staat zu vertreten und deren Defizite anzumahnen. Diese Spannung spitzte sich aufgrund der Reformunfähigkeit und -unwilligkeit des SED-Regimes zu. Durch die wachsenden Krisensymptome des realexistierenden Sozialismus in der DDR wurde faktisch von innen her die inhaltliche Standortbestimmung einer «Kirche im Sozialismus» – wie immer man sie verstehen mag – überholt. Die Erfahrung in Osteuropa, daß der realexistierende Sozialismus eben nicht zur Emanzipation des Menschen geführt hatte, daß dieser also gerade keine Entspröcherung der heilsgeschichtlich verstandenen Befreiungsgeschichte darstellte (H. Falcke), stellte die Formel «Kirche im Sozialismus» zunehmend in Frage. Der damalige Vorsitzende des Kirchen-Bundes, Landesbischof *Werner Leich*, schlug deshalb auf der Eisenacher Synode im Januar 1989 vor, den Begriff «Sozialismus» aufzugeben.

Einen wichtigen Schritt in Richtung einer Demokratisierung der DDR-Gesellschaft unternahmen die Kirchen bei der in ihrer Bedeutung leider unterschätzten «Ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung» 1988/89. In einem breiten ökumenischen Konsens hatten alle Kirchen auf dieser Versammlung lautstark zu den entscheidenden Fragen der Menschen Stellung bezogen. Das SED-Regime reagierte damals mit massivem Druck besonders auf den Teil der Veröffentlichungen, in dem mehr Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechte für die Bürger der DDR eingeklagt wurde. Eine Reihe der Gründungsmitglieder von Oppositionsgruppen hatten sich unmittelbar in und für die «Ökumenische Versammlung» engagiert. Politische Tätigkeit, inner- oder außerhalb der Kirchen, verstanden sie als notwendige Konsequenz der Stellungnahmen auf dieser Versammlung. Viele Menschen wurden in ihrer Risikobereitschaft zum politischen Engagement bestärkt. Und wenigstens für diese Zeit des elementaren Umbruchs war die «Politikfähigkeit der Bergpredigt» (Bischof *Christoph Dehmke*) für zahlreiche Zeitgenossen offenkundig.

Im Sommer 1989 verlief die Entstehung der Oppositionsgruppen in zwei gegenläufige Richtungen. Auf der einen Seite kam es zu einer unmittelbaren Verkirchlichung des Politischen. Bestimmte kirchliche Kreise nutzten die Möglichkeiten der Kirchen für Parteigründungen. Der «Demokratische Auf-

bruch», «Demokratie Jetzt» und auch die damalige «Sozialdemokratische Partei» kamen unmittelbar aus dem Raum der Kirche. Auf der anderen Seite versuchte z. B. das «Neue Forum», stärkste Oppositionsbewegung, dieser Verkirchlichung des Politischen zu widerstehen und sich offen dem gesellschaftlichen Dialog auszusetzen. Das «Neue Forum» vertrat immer die Ansicht, daß eine Instrumentalisierung der Kirche für die Oppositionsarbeit den notwendigen gesellschaftlichen Dialog eher verhindere als ermögliche. Tatsächlich war aber auch ihre Arbeit fast ausschließlich auf den Raum der Kirche beschränkt. Und die Kirchen waren es schließlich auch, die die Opposition vor dem Zugriff der Staatsmacht bewahrten oder bei den offenen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei um den 7. Oktober 1989 zu vermitteln versuchten. In dieser Funktion haben die Kirchen auch ihre prophetische Aufgabe gesehen. Sie wollten die Stimme der Unterdrückten sein, für Gewaltlosigkeit eintreten und zur Kritik ermutigen.

### Die Stimmung im Volk falsch eingeschätzt

Das Ziel der Demokratiebewegung in der DDR – so muß man nüchtern resümieren – war zunächst die demokratische Erneuerung der sozialistischen DDR-Gesellschaft: Dabei hatte sie die Stimmung im Volk falsch eingeschätzt. Als die politische Wende zunehmend zu einer Massenbewegung wurde, zeigte sich, daß das Volk keinen sozialistischen Weg mehr gehen wollte. Vielmehr wurde nun lauter der Ruf nach der deutschen Einheit. Diese neue Dynamik in Richtung deutscher Einheit, wie sie durch die Massenbewegung forciert wurde, konnte von den Oppositionsbewegungen und den Kirchen nicht mehr gesteuert werden, die sich auch aus friedenspolitischen und europäischen Gründen mit der deutschen Zweistaatlichkeit abgefunden hatten. Die Schwierigkeit, diese Bewegung zu steuern, ergab sich übrigens auch aus einer ganz besonderen Eigentümlichkeit dieser Revolution, die zu Zweifeln Anlaß gibt, ob es sich überhaupt um eine Revolution gehandelt hat. Anders nämlich als die Revolutionen in der Geschichte, besaß die Herbstrevolution kein eigenes und neues Ziel, keine alternative politische Theorie, die es durchzusetzen galt. Die Revolution wurde vor allem mit dem Bestreben geführt, das Vergangene abzuschütteln. Eine neue gesellschaftliche Vision war kaum in Ansätzen zu finden. In der ersten Phase der Demokratisierung gab es auch breite Übereinstimmung darin, an sozialistischen Grundwerten festzuhalten, auch wenn es immer schwerer wurde, diese nach den Erfahrungen des realexistierenden Sozialismus zu definieren. Nicht anders schätzt Manfred Stolpe die Situation im Herbst '89 ein: Die Intention der von den Kirchen mitgetragenen Demokratiebewegung sei von der großen Masse des Volkes überrollt worden. Wörtlich schreibt er: «Wir haben uns zu sehr auf die Frage Christentum und Marxismus konzentriert und die Gruppe übersehen, die sich dieser Frage völlig entzog.»<sup>14</sup> Es ist verständlich, daß der rasante Abschied vom Sozialismus gerade den Kirchenleuten große Schwierigkeiten bereitete. Sie hatten einen langen Weg des Sich-Einlassens auf die sozialistische Gesellschaft hinter sich, die nun wie ein Kartenhaus zusammenfiel.<sup>15</sup> Kein Wunder auch, daß die Öffnung der Staatsgrenzen am 9. November 1989 nicht nur Freude brachte, sondern auch Erschrecken. Nicht anders ist die Äußerung von Bischof Dehmke auf der Synode in Magdeburg am 16. 3. 1990 zu verstehen: «Für mich liegen Dank gegen Gott für diesen gewaltigen und doch gewaltlosen Zusammenbruch und die neuen Möglichkeiten und Freiheiten und der Hader mit Gott – warum so und nicht anders? – dicht beieinander.»

<sup>14</sup> Merian DDR extra (1990) 127.

<sup>15</sup> H. Falcke, Zukunft der kleinen Herde. Die Einwanderung der Kirche in die nachsozialistische Gesellschaft, in: EvKomm 3 (1990) 163–166; R. Henkys, Der allzu plötzliche Wandel. Die Kirchen in der DDR stellen sich den neuen Realitäten, in: EvKomm 4 (1990) 202–204.

<sup>13</sup> A. Miller, S. Wolle (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November '89, Berlin 1990, 173.

Es fällt mir nicht leicht, in der gebotenen Kürze das Selbstverständnis der katholischen Kirche und ihre Rolle in diesem Prozeß zu beschreiben. Dennoch möchte ich zum Schluß versuchen, die spezifischen Chancen und Schwierigkeiten meiner Kirche auf ihrem Weg in der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR wenigstens kurz anzudeuten.

## Der Weg der katholischen Kirche

Die katholische Kirche hatte nach der Teilung Deutschlands durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges eine schwierige Ausgangsposition, die jedoch von ganz anderer Art war als die der evangelischen Kirchen.<sup>16</sup> Die Kirche im damaligen Mitteldeutschland war eine extreme Diasporakirche, die aus eigenen Kräften nicht überlebensfähig war. Dies änderte sich zwar zahlenmäßig durch den Übersiedlerstrom aus den katholischen Gebieten des ehemaligen Ostdeutschland. Dennoch mußte die Kirche in ihrer Reorganisation faktisch am Nullpunkt beginnen, im Aufbau der Diözesen und Gemeinden, in Bildungsarbeit und ihrer caritativen Tätigkeit und im Aufbau einer eigenen philosophisch-theologischen Ausbildungsstätte, die dem staatlichen Zugriff zwar gänzlich entzogen war, in der aber nur Priesteramtskandidaten und keine Laien studieren konnten. Katholische Kirche war wesentlich stärker Amtskirche und Gemeindekirche als ihre evangelischen Schwesterkirchen. Sie besaß aufgrund ihrer Minderheit eine starke Integrationskraft nach innen, um so weniger gab es allerdings Berührungspunkte zu Politik und Gesellschaft. Dafür gibt es mehrere Gründe: Viel intensiver als die evangelische hat die katholische Kirche die deutsche Teilung und damit den Staatssozialismus als vorübergehende Erscheinung angesehen und ihr Selbstverständnis in den fünfziger Jahren im Sinne einer «Überwinterung» begriffen. Aufgrund ihrer geistesgeschichtlichen Tradition gab es auch ideologisch-philosophische Berührungspunkte. Die katholische Theologie hielt immer daran fest – dies zeigt z.B. die lange Auseinandersetzung um das Problem der «Jugendweihe» –, daß eine Anerkennung des Sozialismus implizit die Anerkennung des Atheismus bedeute. Sie bezog sich hierbei vor allem auf die geschichtsphilosophischen und anthropologischen Thesen aus dem Werk der marxistischen Klassiker. Es gab aber auch eigentümliche ekklesiologisch-theologische Gräben zwischen Kirche und Staat, bzw. Gesellschaft. Die katholische Kirche verstand sich immer als Weltkirche, die in eigener Weise als Institution sich selber organisiert und unabhängig von der Gesellschaft existiert. Insgesamt gilt ja für die katholische Kirche in der modernen Welt, daß sie die entscheidende Weichenstellung in ihrer Neuorientierung des Verhältnisses zu Welt und Gesellschaft erst während des «Vaticanum Secundum» 1962–65 formulierte. In diesem Zusammenhang ist bekannt, daß Kardinal Bengsch, der bis 1981 Vorsitzender der BBK war, zu den sechs Bischöfen zählte, die damals dem wichtigen Dokument «Gaudium et spes» ihre Zustimmung verweigerten.<sup>17</sup> Das grundsätzliche Verhältnis zwischen katholischer Kirche und DDR-Gesellschaft ist deshalb eigentlich niemals ausführlich thematisiert worden, ebenso wenig wie die Frage, ob und in welcher Weise es eine eigentümliche Einwanderungsbewegung in die DDR-Gesellschaft gebe.

### Sorge um die Gemeinden und Autonomie um jeden Preis?

Zwar finden sich nach dem Mauerbau 1961, als die These von der «Überwinterung» der DDR-Kirche keine Perspektive mehr besaß, einige Akzentverlagerungen, die jedoch trotz wichtiger punktueller Stellungnahmen nicht zu einer gründlichen Reflexion des Verhältnisses Kirche–Staat/Gesellschaft

führten. Zu den Gruppen, die sich spätestens seit dem Konzil gesellschaftlich relevanten Fragen zuwandten, gehörte zweifellos der von der Kirche immer umstrittene «Aktionskreis Halle», der sich als innerkirchliches Sprachrohr kritischer Christen verstand. 1973 legte er ein erstes Arbeitspapier zum Verhältnis Christen–Marxisten vor. Neue Ansätze zeigten sich auch auf der Meißner Synode 1969/71, auf der Dresdner Pastorsynode 1971–75 und in einigen wichtigen Hirtenbriefen und Pastoralen. Alle Versuche sind jedoch gesamtkirchlich nur zögerlich rezipiert oder weitergeführt worden. Zu Neuorientierungen ihres Selbstverständnisses kam es erst nach der Ära von Kardinal Bengsch. Mit dieser Neuorientierung ist vor allem der Name des Erfurter Bischofs Dr. *Joachim Wanke* verbunden, der bereits in seiner «Pastoralen Standortbestimmung» 1981 – deutlicher als seine Vorgänger – die gesellschaftliche Realität in den Blick nahm. Er war es schließlich, der im August 1989, als sich mit dem «Exodus» die gesellschaftliche Krise zuspitzte, die kirchliche Sprachlosigkeit aufgab und sowohl in der katholischen Kirchenzeitung «Tag des Herrn» als auch während der Bistumswallfahrt in Erfurt klar Stellung bezog zu den entscheidenden Problemen der Gesellschaft.

Es ist im nachhinein schwer zu beurteilen, wieweit sich die Kirche auch danach zu zögerlich gegenüber der Gesellschaft geöffnet habe. Blickt man auf die verhältnismäßig große Zahl der Katholiken, die nach der Wende in Parteien politische Verantwortung übernahmen, erscheint diese Frage hypothetisch. Immerhin wäre sie dann von elementarem Gewicht gewesen, wenn die sogenannte Herbstrevolution gescheitert wäre und Fragen nach der Solidarität der katholischen Kirche mit der Opposition laut geworden wären. Für den Bereich des Bischöflichen Amtes Erfurt-Meiningen, der mir am ehesten vertraut ist, muß man wohl nüchtern resümieren, daß die Oppositionsbewegung bis Oktober 1989 im Raum der katholischen Kirche nicht beheimatet war.

Natürlich gab es zahlreiche Vorarbeiten von Theologen und Laien, die bereits viel früher zu einem stärkeren gesellschaftspolitischen Engagement der katholischen Kirche hätten führen können: z.B. das Hirtenwort zum Thema «Frieden», das Prof. *Konrad Feiereis* entscheidend vorbereitete und das die Kirchenleitung leider erst zwei Jahre verspätet 1986 publizierte, als der SED-Staat bereits die authentische Friedensbewegung zerstört oder durch die FDJ instrumentalisiert hatte, oder die wichtigen Überlegungen in den Arbeitskreisen im Umkreis des Katholikentreffens 1987 und der «Ökumenischen Versammlung».

Gerade in diesen Äußerungen manifestierte sich ein beeindruckender ökumenischer Konsens in vielen Fragen der Gesellschaft und ihrer Probleme. Für viele katholische Christen und Theologen war diese Versammlung geradezu eine Initialzündung, ihr Verhältnis zur und ihre Verantwortung für die Gesellschaft zu bedenken und zu realisieren. In der Kürze der Zeit ist es jedoch nur vereinzelt gelungen, in den innergesellschaftlichen Dialog einzutreten, dem man sich vorher verweigert hatte. Bis in die Herbstrevolution '89 ist die Kirche daher als ganze gesellschaftspolitisch eher abstinenter gewesen. Den Bischöfen war immer bewußt, daß ein Eingreifen in die gesellschaftlichen Probleme zu Irritationen in der staatlichen Kirchenpolitik führen könnte, die vor allem zu Lasten der Gläubigen gehen würden. Die staatliche Kirchenpolitik hatte auch darin Erfolg, daß in der Kirche die Trennung von Kirche und Staat in einem fatalen Mißverständnis auf die Trennung von Religion und Politik ausgeweitet wurde. Die Kirche versagte sich daher selbst für lange Zeit die Chance, aus einer gewissen gesellschaftlichen Isolation herauszutreten. Ihr Weg war über die vielen Jahrzehnte zu sehr geleitet von dem Bemühen, die Seelsorge in den Gemeinden zu ermöglichen und ihre Autonomie gegen den Zugriff des Staates zu sichern. Diese relativ starre Kirchenpolitik, die erwachsen war aus der Zeit, in der die SED-Politik offensiv die Kirchen ausschalten oder instru-

<sup>16</sup> Vgl. hierzu ausführlich H. Zander, Zur Situation der katholischen Kirche in der DDR, in: Politik und Zeitgeschehen (22.1.1988) 29–38.

<sup>17</sup> L. Ullrich (Hrsg.), Kirche in nichtchristlicher Welt (ETHS 15) Leipzig 1985, 39, Anm. 2.

mentalalisieren wollte und die für die katholische Kirche wegen ihrer starken Minorität vielleicht lebensbedrohlich gewesen wäre, verhinderte die notwendige Flexibilität, in einer Zeit tiefgreifender und rascher Veränderungen den Demokratisierungsprozeß zu initiieren oder in seinen Anfängen zu unterstützen. Der jetzige Vorsitzende der BBK, Bischof *Georg Sterzinsky*, hat bereits im Januar 1990 bekannt, die katholische Kirche habe nicht die Hoffnung auf die Kraft gewaltloser Demonstrationen und kerzentragender Demonstranten gehabt.

Wie immer man diesen beschwerlichen Weg der Kirchen im Staatssozialismus der ehemaligen DDR beurteilen will, ob man also kritisch einwendet, daß die katholische Kirche ihre gesellschaftspolitische Abstinenz eher hätte aufgeben und ihr Verhältnis zur Gesellschaft neu bestimmen müssen; ob man den protestantischen Kirchen entgegenhält, sie hätten sich zu voreilig und unkritisch auf diese staatssozialistische Gesellschaft eingelassen und vielleicht sogar innerkirchlich kapitalistische Feindbilder reproduziert, oder ob man gar der zentralen These von *Thomas Nipperday*<sup>18</sup> zustimmt, «wegen ihres nervösen Schielens nach dem Zeitgeist und ihres metaphysischen Hungers nach neuer Ganzheit seien die Protestanten ungleich ideologiefähiger als die Katholiken» – der Weg der Kirchen war eine schwierige Gratwanderung. Er reicht von der schlimmen Erfahrung eigener Schuld während der Zeit des Nationalsozialismus über den Versuch, sich auf diese Gesellschaft einzulassen, um hier der Zeugnis- und Dienstgemeinschaft gerecht zu werden, bis zur herausragenden Bedeutung der evangelischen Kirchen in der Zeit der Demokratisierung. So ambivalent das Sich-Einlassen auf die DDR-Gesellschaft gewesen war, aber gerade diese Einwanderungsbewegung hat die Demokratisierung ermöglicht. Für die Kirchen ist es deshalb ein großes Geschenk, in der Zeit des Umbruchs wesentliche Impulse ihres Glaubens zu erleben: daß die Kirchen eine geschichtsverändernde prophetische Kraft besitzen, daß Gebet und Gewaltlosigkeit mächtiger sind als eine hochgerüstete und aggressive Gesellschaft.

Auch jetzt, nach der politischen Wende in der ehemaligen DDR, setzen sich die evangelischen Kirchen erneut aus, indem sie beginnen, ihre Geschichte in der DDR kritisch zu bedenken. Aber durch die schnelle Vereinigung Deutschlands bleibt ihnen dazu kaum Zeit. In der katholischen Kirche steht die kritische Besinnung auf ihre Geschichte in der DDR noch aus.

*Günter Frank, Erfurt*

<sup>18</sup> Th. Nipperday, Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1980, München 1988.

## Ostmitteleuropa

Die Suche nach einer neuen politischen Gestalt

Nach der ekstatischen Befreiung mit weitgehend friedlichen Mitteln in den Ländern Ostmitteleuropas ist die ganze Region zwischen Deutschland und Rußland und der gesamte Donauraum bis tief hinein in den Balkan von Instabilität und Chaos bedroht. Die schlechte, ja katastrophale Ordnung unter der kommunistischen Herrschaft ist zusammengebrochen, und damit ist auch die scheinbare Stabilität dieser Periode verschwunden. Alte, verdrängte und unterdrückte Gefühle und Konflikte, die diesen Raum von altersher beherrschen, sind wieder auf der ganzen Linie zum Vorschein gekommen. Selbst die uralte Kulturgrenze zwischen Westrom und Ostrom, zwischen Byzanz und der lateinisch-westlichen Tradition hat plötzlich wieder eine aktuelle, politische Bedeutung gewonnen: Westlich dieser Grenze, die schon zwischen Türken und Österreichern an Save und Drina verlief, haben die Revolutionen des vergangenen Jahres – z. B. in Kroatien, Slowenien, Ungarn usw. – zu demokratischen Ergebnissen geführt. Ost-

lich dieser Grenze hingegen – in Bulgarien wie in Rumänien und schließlich auch in Rußland selbst – konnte das alte Regime noch immer nicht ganz zum Abtritt gezwungen werden, der Kampf um die Demokratie steht dort nach wie vor auf des Messers Schneide. Die Völker von der Ostsee bis zum Balkan, von den Ostalpen bis zum Schwarzen Meer sind jedenfalls in Bewegung geraten.

### Alt-neues Machtvakuum

Der Niedergang der Wirtschaft in allen diesen Ländern verschärft diese Situation noch zusätzlich. *Zbigniew Brzezinski*, Berater des seinerzeitigen amerikanischen Präsidenten, bemerkte dazu erst kürzlich in der in Wien erscheinenden Zeitschrift «Europäische Rundschau», man müsse damit rechnen, daß die sozioökonomische Verzweiflung in jenen Ländern, die man in den letzten Jahrzehnten «Osteuropa» nannte, die in Wirklichkeit aber zu Mitteleuropa gehören, die politischen Leidenschaften auflodern lasse. Die Situation im östlichen Mitteleuropa sei dermaßen katastrophal, daß sich zwischen der einst mächtigen, aber heute krisengeschüttelten Sowjetunion und dem politisch und wirtschaftlich stabilen, selbstbewußten Westeuropa der EG ein gefährliches geopolitisches Machtvakuum auftue. Die Frage sei, wer es ausfüllen wird.

Tatsächlich ist dieses Machtvakuum schon 1918 mit dem Zerfall der alten österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden, der zum Teil auf grobe Fehler und Versäumnisse des alten Österreich und zum anderen Teil auf Fehleinschätzungen der damaligen Siegermächte zurückzuführen war. Die düsteren Erfahrungen der Zwischenkriegszeit zeigten, daß dieses Vakuum in einer ersten Phase von Deutschland und in einer zweiten Phase von der Sowjetunion aufgefüllt und beherrscht wurde. Jetzt, mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft, scheint das Vakuum des Jahres 1918 unter ganz neuen Bedingungen wieder gegeben zu sein. Aber die heutige Situation läßt sich mit 1918 nur bedingt vergleichen: Künstliche Gebilde wie Jugoslawien und die Tschechoslowakei, die damals aus der Konkursmasse der alten Donaumonarchie gegründet wurden, beginnen zu zerfallen, damit dürften die letzten Vielvölkerstaaten in Europa in der bisherigen Form von der Landkarte verschwinden, und die Nationalitäten in Ostmitteleuropa scheinen sich ganz neu zu formieren.

Die Frage Brzezinskis ist angesichts dieser Entwicklung zweifellos berechtigt: Wer wird morgen und übermorgen dieses Machtvakuum ausfüllen? Es ist fast unvermeidlich, daß in dieser Stunde gerade in Österreich, aber auch in Ungarn und in der Tschechoslowakei nostalgische und sentimentale Erinnerungen an alte Gemeinsamkeiten auftauchen. In Wien kommt es da und dort zu romantischen Beschwörungen der untergegangenen Monarchie. Von Budapest bis Triest, von Laibach bis Prag wird über Mitteleuropa viel geredet und geschrieben, das aber bis heute nicht einmal ein eindeutig definierter geographischer Begriff ist.

### Zeitgemäße Strategien

Die starke emotionale Zustimmung zu den Aktivitäten der «Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria», die schon 1978 gegründet wurde und der heute Slowenien, Kroatien, Friaul, Venetien, die Lombardei, Kärnten, Steiermark, Oberösterreich und Westungarn angehören, läßt allerdings erkennen, daß es neben antiquierten und restaurativen Bestrebungen auch zeitgemäße Bemühungen gibt, die unleugbaren Gemeinsamkeiten dieses Raumes in neuer Form zu aktivieren. Die Initiative der «Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria» beschränkt sich nicht auf politische Themen wie Fragen des Verkehrs oder des Tourismus, sondern zielt auch auf gemeinsame Strategien kultureller Bemühungen, journalistischer Anstrengungen und kirchlicher Zusammenarbeit ab. Drei-Länder-Wallfahrten, die jedes Jahr abwechselnd in Wallfahrtsorten von Slowenien, Friaul und Kärnten stattfinden – in Gebieten also, die von

argen nationalen Spannungen heimgesucht waren und sind – stellen ein Beispiel derartiger Bemühungen dar.

Auf italienische Anregung hin hat sich überdies Ende 1989 eine weitere Initiative entwickelt, die durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Italien, Österreich, Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei Perspektiven einer Neugestaltung Mitteleuropas erreichen will. Diese Staatengruppe, die zunächst unter dem unaussprechlichen Namen «Pentagonale» auftritt, ist von Italien, aber vermutlich auch von dem einen oder anderen teilnehmenden Land als ein gewisses Gegengewicht zum großen, wiedervereinigten Deutschland gemeint. Der italienische Außenminister *Gianni De Michelis* erklärte dazu in einer programmatischen Rede, es gehe darum, einen Teil jenes habsburgischen Imperiums zu retten, jener «Welt hinter den Nationen», die nicht nur Form, sondern auch politischer Stil war: «Wir beginnen, einen Teil Mitteleuropas mit einer flexiblen und toleranten Strategie wieder herzustellen, getragen vom Sinn für Mäßigkeit und von einem europäischen Realismus sowie von der Verteidigung der Unterschiede und Identitäten gegenüber jeglicher totalitären und autoritären Versuchung.»

### **Ungleichzeitigkeiten**

Ein beträchtliches Hindernis für die Weiterentwicklung solcher Gedanken sind die Gefühle der Angst und der Bedrohung, die heute durch den radikalen Umbruch in Ostmitteleuropa in den Ländern östlich und westlich der seinerzeitigen Teilungslinie durch Europa festzustellen sind. Und obwohl der Eisernen Vorhang gefallen und die gegenseitige Kommunikation ohne Behinderung möglich ist, gibt es doch eine sehr verschiedene Einschätzung der Lage im Westen und im Osten infolge der Ungleichzeitigkeit im Entwicklungsstand.

▷ Im Westen konnte in den vergangenen Jahrzehnten durch zähe und geduldige Bemühungen die Bedeutung des Nationalstaates relativiert und die westeuropäische Integration mit großen wirtschaftlichen Erfolgen vorangetrieben werden. Im Osten hingegen sind nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Nationen als einziger Baustein für den Wiederaufbau übriggeblieben. Daher geht es im Osten jetzt vielen Völkern, vor allem den kleinen, in erster Linie um die Wiedergewinnung der nationalen Identität. In Westeuropa wird dies oft recht undifferenziert unbedacht als «Nationalismus» gedeutet. Das Streben nach nationaler Identität nach so vielen Jahren und Jahrzehnten brutaler Unterdrückung wird man aber wohl unterscheiden müssen von jenem tatsächlich auch aufkommenden Chauvinismus, der die Behauptung der eigenen Identität mit der Herabsetzung des Nachbarvolkes oder der Unterdrückung nationaler Minderheiten im eigenen Land verbindet. Diese Unterscheidung wird in Westeuropa vorgenommen werden müssen, um nicht die Entwicklung in Ostmitteleuropa völlig mißzuverstehen und sich auf eine Status-quo-Politik einzuschwören, die gerade den kleinen Völkern in diesem Raum – den Balten, den Slowenen, den Slowaken – deren Sehnsucht nach Europa gründlich austreiben könnte.

▷ In Westeuropa ist das kapitalistische System nach dem Zweiten Weltkrieg durch Methoden der sozialen Marktwirtschaft weitgehend «gezähmt» worden. Vielfältige soziale Sicherungen schützen die Menschen in Westeuropa vor den negativen Auswirkungen kapitalistischer Wirtschaftsform. Im Osten hingegen kommt es jetzt, nach dem Bankrott des Kommunismus, zu einem extremen Ausschlag des Pendels in die Gegenrichtung: Eine Restauration eines rücksichtslosen Manchester-Kapitalismus ist zu befürchten, der keine sozialen Rücksichten kennt, und nicht wenige Konzerne und Unternehmungen in Westeuropa beteiligen sich an diesem Rückfall, indem sie in ostmitteleuropäischen Ländern zu Spottpreisen alles zusammenramschen, was Gewinn verspricht. Die Entwicklungen in der ungarischen Medienszene sind nur ein Beispiel dafür. Und charakteristisch für die Stimmung in vielen

Oststaaten ist die Aussage des tschechoslowakischen Finanzministers *Vaclav Klaus*: «Was wir wollen ist Marktwirtschaft – ohne jedes Adjektiv.» Das bedeutet: keine soziale Marktwirtschaft, sondern eine «reine», eine un gelenkte Marktwirtschaft, nach den Prinzipien des klassischen Liberalismus. Wenn es Westeuropa nicht gelingen sollte, auch in den vom Kommunismus nun befreiten Ländern ein Wirtschaftssystem zu unterstützen, das Marktmechanismen mit sozialer Intervention verbindet, sind explosive soziale Entwicklungen im Osten zu befürchten.

▷ In Westeuropa hat sich die katholische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg den Allianzen mit christlichen Parteien weitgehend entzogen. Damit konnte die Kirche in zahlreichen westeuropäischen Ländern neue Integrationskraft gewinnen. In Ostmitteleuropa hingegen besteht jetzt die akute Versuchung, nach dem Wegfall des kommunistischen Systems die Bündnisse zwischen der Kirche und den inzwischen gegründeten christdemokratischen Parteien wieder neu zu knüpfen. Damit begibt sich die Kirche in diesen Ländern, in denen sie eben aus einem gefährlichen Getto befreit wurde, in die Gefahr, in ein neues, nicht weniger bedenkliches Getto zu geraten. Traditionalistische Kreise in Westeuropa sind kurzsichtig genug, den Kirchenleitungen in Ostmitteleuropa eine solche Kirchenpolitik anzuraten, die zusätzlich zu all den anderen Schwierigkeiten dieser Länder und Völker auch noch das Risiko eines unter neuen Vorzeichen stehenden Kulturkampfes mit sich bringen könnte.

▷ In Ostmitteleuropa überwiegt nach wie vor eine oft übertriebene Hoffnung auf die Vorzüge des westlichen Systems. Im Westen hingegen ist durch das Phänomen Zehntausender Arbeitsuchender und Flüchtlinge aus dem Osten ein Schockerlebnis für nicht wenige Menschen eingetreten. In der Euphorie des Umsturzes im Osten klatschte man zunächst in Westeuropa frenetisch Beifall aus der bequemen Zuschauerloge, aber man rechnete offenbar nicht damit, mit den Problemen der in diesen Ländern lebenden Menschen allzu hautnah befaßt zu werden. So führte z. B. Österreich, das unter der kommunistischen Herrschaft seiner Nachbarländer die Visumpflicht für alle diese Staaten aufhob, nach den demokratischen Revolutionen zunächst für rumänische, dann auch für polnische Staatsbürger die Visumpflicht wieder ein. Nicht genug damit: Um die Flüchtlinge abzuhalten, wurde die österreichische Armee beauftragt, die österreichisch-ungarische Grenze abzuriegeln, die erst vor wenigen Monaten von den Ungarn vom Eisernen Vorhang und seinen Minensperren und Stacheldrahtverhauen befreit worden ist. Der ungarische Ministerpräsident *Jozef Antal* warnte daher erst kürzlich mit Recht davor, daß der Westen an Stelle der Grenzlinie des Eisernen Vorhanges nun eine «Wohlstandsmauer» errichtet und viel zu wenig tut, um das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost auszugleichen.

### **Gemeinsamer Aufbau notwendig**

Niemand kann sagen, was der Effekt der zur Zeit noch recht unsystematischen Versuche, Ostmitteleuropa eine neue politische Gestalt zu geben, sein wird. Die Dinge sind viel zu sehr im Fluß, als daß jetzt schon konkrete Lösungsvorschläge vorliegen könnten. Aber eines ist bereits sicher: Die Lage in Ostmitteleuropa wird einer tödlichen Polarisierung zutreiben, wenn es nicht zu einem großen, gemeinsamen europäischen Aufbauwerk mit westlicher Hilfe für die vom Kommunismus befreiten Länder und Völker kommt. Westeuropa hat offenbar vergessen, daß es seinen Wiederaufbau nicht in dieser Weise hätte bewältigen können, wenn nicht die Amerikaner nach 1945 durch das Instrument des Marshallplanes die Initialzündung dafür gegeben hätten. Es ist eine Dankeschuld der Westeuropäer, wenn sie sich so schnell wie möglich zu einem solchen großen, gemeinsamen Aufbauwerk zugunsten der Völker in Ostmitteleuropa zusammenschließen. Freilich ist die öffentliche Meinung in Westeuropa solchen Projekten gegenüber

noch durchaus reserviert. Es wird vielfältiger Anstrengungen bedürfen, um diese öffentliche Meinung zu ändern. Doch sollte Westeuropa erkennen, daß es dabei um eine Frage auf Leben oder Tod geht. Denn falls Mitteleuropa endgültig wirtschaftlich zusammenbrechen sollte, sind politisch gewalttätige nationalistische Leidenschaften zu befürchten, die schon beim geringsten Anlaß zu einer Explosion der Gewalt führen könnten.

Fritz Csoklich, Graz

## Philosophie in Afrika

Zu einer lexikalischen Arbeit

Nachdem die «Orientierung» sich auf dem Berliner Katholikentag mit dem Werbespruch «Für uns zählt nicht nur Europa» empfohlen hat, dürfte sie der rechte Ort sein, um auf eine anregende Studie über Afrika hinzuweisen. Bei den Bemühungen, die man unter den Titel «Comparative Philosophy» bringen kann<sup>1</sup>, steht zumeist das Interesse an «Asien» im Vordergrund. Dies scheint auch im Hinblick auf zahlreiche Bestrebungen der «interkulturellen Begegnung» oder des «Dialogs der Religionen» zu gelten.

Obwohl selbstverständlich eine ausgedehnte wissenschaftliche und aktuell-politische Literatur zum Thema Afrika existiert, hat daher unter Aspekten der Komplettierung des öffentlichen Bewußtseins über den europäischen Provinzialismus hinaus ein nachdrücklicher Hinweis auf «Afrika» seine Berechtigung. Johannes Heising, ein Experte für Fragen der Entwicklung – mit Sinn für religiöse, theologische und philosophische Fragen –, hat als Ergebnis eines Forschungsvorhabens, das seltsamerweise von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) nicht für förderungswürdig gehalten wurde (S. 6), eine Untersuchung vorgelegt, die einen solchen Hinweis darstellt und – über den Zirkel der Experten hinaus, die ohnehin immer schon alles wissen – Beachtung verdient.<sup>2</sup>

Heising gliedert sein Buch in zwei Teile; zuerst gibt er eine Übersicht über «afrikanische philosophische Literatur der Gegenwart» (S. 12–58), und in einem zweiten, längeren Teil behandelt er die Erörterung des Themas «Entwicklung» in der modernen Philosophie Schwarzafrikas» (S. 59–160). Es handelt sich aber nicht um eine Studie, die

Die nächste Ausgabe (mit dem Inhaltsverzeichnis 1990) erscheint am 15. Januar 1991. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern gesegnete Feiertage.  
Ihre ORIENTIERUNG

### ORIENTIERUNG erscheint 2× monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Information  
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

#### Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich, Telefon (01) 2010760  
Telefax (01) 2014983

Redaktion: Ludwig Kaufmann, Josef Bruhin, Werner Heierle,  
Nikolaus Klein, Josef Renggli, Pietro Selvatico, Karl Weber  
Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice Eichmann-  
Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert  
Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

#### Preise Jahresabonnement 1991:

Schweiz: Fr. 42.– / Studierende Fr. 30.–  
Deutschland: DM 49.– / Studierende DM 34.–  
Österreich: öS 370.– / Studierende öS 260.–  
Übrige Länder: sFr. 38.– zuzüglich Versandkosten  
Gönnernabonnement: Fr. 50.– / DM 60.– / öS 420.–

#### Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842-8  
Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70)  
Konto Nr. 6290700  
Österreich: Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien, Zweig-  
stelle Feldkirch (BLZ 20151),  
Konto Nr. 473009306, Stella Matutina, Feldkirch  
Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.  
Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung  
nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

lediglich für den Bücherschrank von Philosophen oder die Regale der Bibliotheksmagazine bestimmt ist, vielmehr möchte Heising einen wesentlichen Beitrag zur Bewußtseinsbildung auf der Ebene der Entwicklungspolitik der sogenannten Geberländer leisten, indem er die «philosophische» bzw. die humanistische Dimension im Entwicklungsprozess nachdrücklich unterstreicht.

Daß schon der Begriff «afrikanische Philosophie» seine methodischen und sachlichen Schwierigkeiten hat, ist Heising sehr wohl bekannt (S. 9 f.). Ich möchte hier auf dieses Problem nicht weiter eingehen, sondern statt dessen kurz beschreiben, was man in Heising's Buch findet.

Der erste Teil bietet eine Zusammenstellung dessen, was es über afrikanische Philosophie an Bibliographien und Fachzeitschriften gibt; hinzu kommt eine Übersicht über diverse philosophische Kolloquien über Afrika zwischen 1971 und 1984, eine kurze Vorstellung von in die afrikanische Philosophie einführenden Schriften sowie der «Zentren philosophischer Aktivität im Hochschulbereich Afrikas»: Überlegungen zur Geschichte der neueren afrikanischen Philosophie und damit zu Begriffen wie Afrikanismus, Négritude, afrikanischer «Humanismus» bzw. «Sozialismus» sowie zur afrikanischen Philosophie als «geistesgeschichtlichem und wissenschaftstheoretischem Problem» schließen diesen Teil ab.

Der zweite Teil dient dem Zweck, den «Zugang zum afrikanischen Selbstverständnis von «Entwicklung» in einer Weise» zu ermöglichen, «die unverfälscht die «Stimme Afrikas» verstärkt» (S. 60). Heising bietet hier eine «lexikalische Darstellung von Autoren mit Publikationen zum Komplex «Entwicklung» unter philosophischen Aspekten» (S. 62–160); nach einer Kurzbiographie des jeweiligen Autors legt er eine Zusammenfassung der von ihm ausgewählten Studien vor, wobei er in dem Sinne eine «hermeneutische Methode» zugrunde legt, als er sich sorgfältig um «Beurteilungsneutralität» bemüht, d. h. darum, den Sinn der Texte der afrikanischen Autoren möglichst objektiv herauszuarbeiten (S. 10). Diese Resümee's erfüllen zweifellos den Zweck, über neuere afrikanische philosophische Ansichten zur Problematik der «Entwicklung» zu informieren; natürlich machen sie den Leser gleichzeitig auf die Texte der 31 (!) afrikanischen Autoren selbst neugierig.

Heising's kurze abschließende Betrachtung unter der anspruchsvollen Überschrift «Über das Geistige einer Humanentwicklung» (S. 161–163) ist weniger eine Zusammenfassung dieser Resümee's als vielmehr ein engagiertes Plädoyer gegen die Reduzierung des gesamten Geschehens namens «Entwicklung» auf die rein ökonomische und technologische Ebene und damit gegen ein Verständnis des Menschen, dem nach Meinung afrikanischer Autoren «die Seele» verlorengegangen und der «nicht mehr Mensch im ursprünglichen Sinne» ist (S. 163). Es sei noch hervorgehoben, daß der reichhaltige Anmerkungsteil (S. 165–193) über die üblichen Angaben hinaus wichtige Mitteilungen und Anregungen enthält; in der Tat könnten die Herausgabe eines «Who is Who in Modern African Academic Thinking and Philosophy» (S. 183) und die Errichtung eines Archivs, das Werk und Wirkung des belgischen Franziskaners Placide Tempels (1906–1977) gewidmet wäre (S. 182)<sup>3</sup>, von großem Nutzen sein.

Zwar werden Philosophen, sofern sie sich überhaupt für «vergleichende Philosophie» im allgemeinen und für Afrika im besonderen interessieren, noch mehr und anderes wissen wollen; als Heising's Buch ihnen an Informationen bietet, aber es wird ihnen mit dieser Schrift sicherlich leichter gemacht, ihre Kenntnisse zu verbreitern und zu aktualisieren. Offenbar wollte Heising nicht Philosophen fachintern belehren, sondern diejenigen, die theoretisch und praktisch mit Entwicklung bzw. Entwicklungszusammenarbeit (S. 6) befaßt sind, an einiges erinnern, was bei ihnen oft zu kurz kommt. Wenn man also sein Buch nicht überfordert (wozu allerdings der Untertitel verleiten kann), wird man darin eine selbstlose Dienstleistung sehen dürfen, die als solche anzuerkennen und deren Grundintention zuzustimmen ist.

Heinz Robert Schlette, Bonn

<sup>1</sup> Vgl. W. Halbfass, Philosophy, Comparative, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie. Hrsg. von J. Ritter und K. Gründer, Bd. VII. Basel 1989, S. 922–924 (Lit.).

<sup>2</sup> J. Heising, Entwicklung und moderne Philosophie in Schwarzafrika. Wege zu einer unbekanntem geisteswissenschaftlichen Tradition. Frankfurt/M. (Verlag für Interkulturelle Kommunikation) 1990, 193 Seiten, DM 48.–

<sup>3</sup> Dessen bekanntes Buch «Bantu-Philosophie» (zuerst 1945, deutsch: Heidelberg 1956) löste eine breite Diskussion aus (vgl. S. 49, auch 177 u. 181f.).